

Aufschwung in volatilem Umfeld – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2012

IW-Forschungsgruppe Konjunktur*, April 2012

Nach der Stagnation im Winterhalbjahr 2011/2012 ist die deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs. Die weltwirtschaftlichen Perspektiven, die sich im vergangenen Jahr infolge der möglichen Beeinträchtigungen durch die Staatsschuldenkrisen merklich verschlechterten, haben sich wieder aufgehellt. Das wird den deutschen Außenhandel im Verlauf des Prognosezeitraums begünstigen. Gleichwohl wird der Außenbeitrag das Wirtschaftswachstum nicht mehr beeinflussen. Der Private Konsum und die Investitionstätigkeit im Inland treiben dagegen das Wachstum an. Die Konsumdynamik wird einerseits von der Preisentwicklung deutlich geschwächt. Andererseits lässt die anhaltend positive Arbeitsmarktentwicklung den Privaten Verbrauch insgesamt in den Jahren 2012 und 2013 um jeweils rund 1 Prozent expandieren. Die Arbeitslosigkeit geht im Jahresdurchschnitt 2013 auf 2,6 Millionen Personen zurück. Die Anzahl der Erwerbstätigen steigt gleichzeitig auf ein Rekordniveau von knapp 42 Millionen an. Die wieder anziehende Konjunktur fördert auch die Rückführung des Staatsdefizits. Im Jahr 2012 wird es sich in Deutschland auf 1 Prozent und im kommenden Jahr auf ½ Prozent des BIP belaufen. Die Konsolidierungsbemühungen dürfen damit aber nicht erlahmen.

Stichwörter: Konjunktur, Arbeitsmarkt, Staatshaushalt, Wirtschaftspolitik

JEL-Klassifikation: E2, E3, E5, E6

Wieder auf Wachstumskurs

Die deutsche Volkswirtschaft hat ein schwieriges Winterhalbjahr hinter sich. Eine Rezession, wie sie im Herbst des vergangenen Jahres angesichts der vielfältigen konjunkturellen Risiken nicht gänzlich ausgeschlossen werden konnte, ist nicht eingetreten. Die konjunkturellen Perspektiven für den weiteren Verlauf dieses Jahres haben sich erkennbar aufgehellt. Das Auslandsgeschäft zieht wieder an und die deutsche Wirtschaft profitiert von ihrer starken Präsenz auf den internationalen Märkten. Auch im internationalen Vergleich steht Deutschland gut da. Viele Länder, besonders die des Euroraums, sehen sich in diesem Jahr

* Hubertus Bardt, Ralph Brügelmann, Michael Grömling (Leiter der Forschungsgruppe), Michael Hüther, Manfred Jäger-Ambrożewicz, Rolf Kroker, Jochen Pimpertz, Christof Römer, Holger Schäfer, Thilo Schaefer und Christoph Schröder.

mit einer rezessiven Entwicklung konfrontiert. In Westeuropa ist Deutschland sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr die Wachstumslokomotive, die ein noch stärkeres Abdriften des Euroraums verhindert.

Allerdings ist zu betonen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in einem hochvolatilen Umfeld mit nach wie vor erheblichen konjunkturellen Risiken stattfindet. Von einer hohen Unsicherheit sehen sich immer noch viele Unternehmen betroffen – dies zeigen die aktuellen Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2012. Demnach melden gut 43 Prozent der befragten Unternehmen eine merkbare Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit in der letzten Zeit. Die größten Unsicherheitsfaktoren sind aus Sicht aller Unternehmen schwankende Rohstoff- und Energiepreise (64 Prozent), gefolgt von einem unsicheren Kurs der Wirtschaftspolitik (36 Prozent) und der Arbeitskostenentwicklung (32 Prozent). Eine unsichere Kreditgewährung stellt nur für 17 Prozent der Unternehmen ein ernstes Problem dar. Das bedeutet allerdings nicht, dass die noch keineswegs gelösten Schuldenkrisen in Europa und den USA nicht zu einer Einschränkung der Kreditvergabe an die Unternehmen in den Krisenländern führen können. Eine Kreditklemme bei wichtigen europäischen Handelspartnern Deutschlands kann schließlich den Export in diese Länder dämpfen. Vor diesem Hintergrund wird zunächst die Situation an den Rohstoffmärkten betrachtet, gefolgt von einer kurzen Analyse der möglichen wirtschaftlichen Effekte durch die einsetzenden Konsolidierungen infolge der Staatsschuldenkrisen und schließlich wird ein Blick auf die gegenwärtige Lage an den Finanzmärkten geworfen.

Risiken infolge steigender Rohstoffpreise

Ein Risiko für die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung liegt in den abrupten Veränderungen der Rohstoffpreise. Seit dem Ende des Abschwungs von 2008 sind die Preise wieder deutlich angestiegen und haben ihre vorherigen Höchststände wieder erreicht oder sogar übertroffen. Seit Januar 2009 sind die in Euro denominierten Preise (Monatsdurchschnitte) für Öl der Nordseesorte Brent um 170 Prozent gestiegen. Zuletzt kostete ein Barrel (159 Liter) gut 120 Dollar oder über 90 Euro. Die für Deutschland wichtigsten Industriemetalle wie Kupfer, Eisenerz und Aluminium, die im Industriemetallpreisindex (IMP-Index) des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) abgebildet werden (Bardt, 2011), sind im gleichen Zeitraum um 111 Prozent teurer geworden (Abbildung 1).

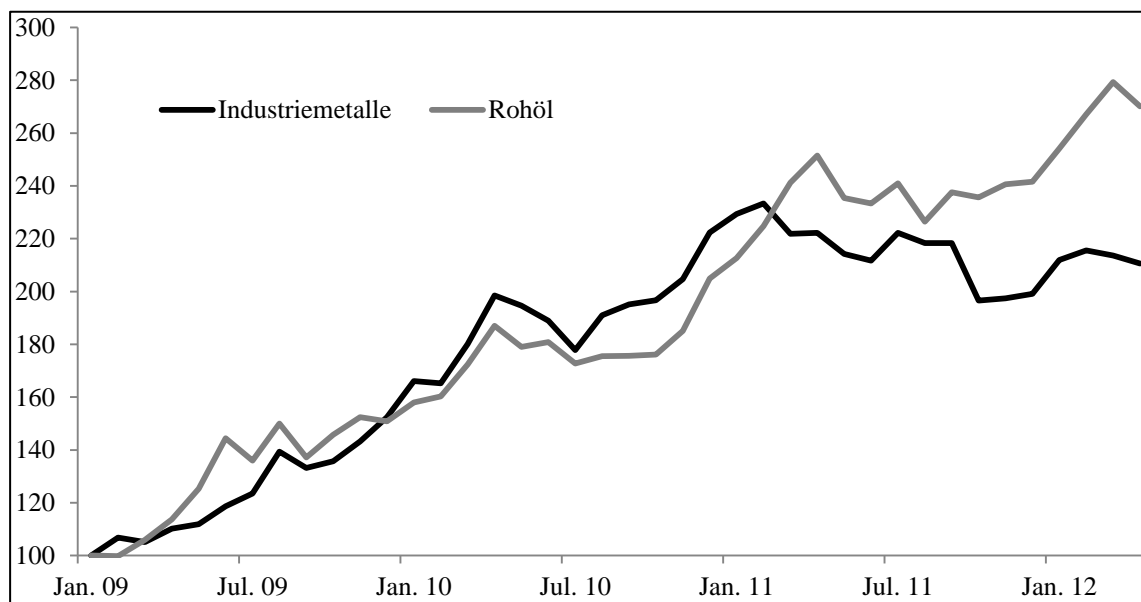
Die Entwicklung der Preise ist wesentlich durch eine steigende Rohstoff- und Energienachfrage bestimmt. Besonders mit China ist in der letzten Dekade ein wichtiger Abnehmer auf den Markt getreten, der heute bei vielen Rohstoffen zu den größten Verbrauchern zählt. Die internationale Nachfrage nach Metallen und Energie wird absehbar bei einer

normalen Entwicklung der Weltwirtschaft nicht abbrechen. Eine kurzfristige Entlastung durch eine Ausweitung des Angebots ist ebenfalls nicht zu erwarten, sodass der aufwärtsgerichtete Preistrend anhalten wird.

Abbildung 1

Preisentwicklung für Öl und Industriemetalle

Ausgangswerte auf Basis von Euro und Monatsdurchschnitten, Index Januar 2009 = 100



Öl: Brent; Industriemetalle: IMP-Index des IW Köln.
 Quellen: EZB; Weltbank; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Eine kurzfristige Schocksituation mit einem drastischen Preissprung, der durch eine massive Störung des Angebots ausgelöst werden könnte, ist für die konjunkturelle Entwicklung bedrohlicher als ein stabiler Trend hin zu höheren Rohstoffpreisen. Ein solches geopolitisches Krisenszenario kann in der weiteren Zuspitzung des Atomstreits mit dem Iran liegen. Eine militärische Eskalation des Konflikts und eine damit verbundene Sperre der Straße von Hormus – der wichtigsten Schifffahrtsstraße für den Transport von Rohöl – könnte zu erheblichen Lieferausfällen aus der Golf-Region und damit zu einem zumindest kurzfristigen starken Preisanstieg führen. Auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos derzeit als eher gering eingeschätzt wird, muss es doch als potenzielle Bedrohung für eine stabile Entwicklung der Weltwirtschaft und damit auch für die Inlandskonjunktur angesehen werden.

Konsolidierungseffekte

Im Prognosezeitraum stehen die öffentlichen Haushalte wichtiger Handelspartner Deutschlands unter einem spürbaren Konsolidierungsdruck. Eine Reduktion öffentlicher Ausgaben

stellt auch für die Konjunktur in Deutschland einen potenziellen Unsicherheitsfaktor dar. Dabei sind die Gründe für den Konsolidierungskurs vielfältig: Zunächst werden einige Staaten durch hohe Risikoaufschläge, die sie am Kapitalmarkt zahlen müssen, unmittelbar zu einer Reduktion ihrer Defizite gezwungen. Des Weiteren wird nach der Implementierung des Europäischen Fiskalpakts in nationales Recht der Konsolidierungsdruck mit einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild auch mittelfristig aufrechterhalten bleiben. Außerdem wird im Kontext nationaler und europäischer Wachstumsstrategien immer deutlicher, dass die wirtschaftliche Entwicklung von Volkswirtschaften nicht losgelöst vom Schuldenstand erfolgt. Eine Vielzahl von empirischen Studien belegt, dass eine zu hohe Staatsverschuldung mittel- und langfristig zu einem signifikant niedrigeren Wirtschaftswachstum führt. Als Schwellenwert, ab dem mit abnehmenden Wachstumsraten zu rechnen ist, gilt eine Staatsverschuldung von mehr als 85 bis 90 Prozent des BIP (Checherita/Rother, 2010; Kumar/Woo, 2010; Reinhart/Rogoff, 2010; Cecchetti/Mohanty/Zampolli, 2011). Eine Reihe von Volkswirtschaften hat diese Schwelle bereits überschritten.

Werden neoklassische Wachstumsmodelle zugrunde gelegt, dann sind die Wirkungen von Haushaltskonsolidierungen positiv. Durch niedrigere Zinsen und niedrigere Steuerbelastungen kommt es zu einem höheren Arbeitsangebot und höheren Investitionen, die wiederum in der Folge zu höheren Wachstumsraten führen. Diese Wirkungskette wird allerdings kontrovers diskutiert, denn kurzfristig ist die Wirkung keineswegs eindeutig. Wird einem keynesianisch begründeten Wirkungsschema gefolgt, ist stattdessen zumindest kurzfristig mit Wachstumseinbußen zu rechnen. Neben dem direkten Rückgang einer öffentlich finanzierten Nachfrage setzt sich der bremsende Impuls auch über die Arbeitsnachfrage und das Konsumverhalten der privaten Haushalte fort. Allerdings zeigt ein Blick in die Vergangenheit, dass Konsolidierungen sehr wohl auch unmittelbar positive makroökonomische Auswirkungen nach sich zogen. Bereits in der Konsolidierungsphase wurden statistisch signifikante überdurchschnittliche Wachstumsraten beobachtet (Alesina/Perotti, 1996).

Ob diese kurzfristigen Wirkungen tatsächlich auftreten, hängt aber von einer Vielzahl von Faktoren ab, die hier nicht hinreichend prognostiziert werden können. Die von Haushaltskonsolidierungen ausgehenden negativen Nachfrageeffekte können durch Verhaltensänderungen, die zum Beispiel auf positiven künftigen Erwartungen beruhen, abgemildert werden. Unklar ist allerdings, ob dadurch der Nachfragerückgang vollständig oder sogar überkompensiert wird, was für die Prognose der konjunkturellen Wirkungen entscheidend ist. Die stimulierenden Effekte sind umso stärker, wenn (Rother/Schuhknecht/Stark, 2010):

- die fiskalische Ausgangslage schlecht ist und eine Konsolidierung folglich zu einer signifikanten Verbesserung der Haushaltslage führen kann;

- ein hinreichend großer und nachhaltiger Abbau von Defiziten und Verschuldung angestrebt wird und der Konsolidierung ein glaubwürdiges Konzept zugrunde liegt;
- die Zusammensetzung der Maßnahmen die Angebotsbedingungen verbessert, also der Schwerpunkt auf Ausgabenkürzungen statt auf Steuererhöhungen liegt;
- die privaten Haushalte in Erwartung niedrigerer Steuerbelastungen sowohl ihre Investitionen als auch ihren Konsum ausweiten (Ricardianische Äquivalenz);
- die Nachfrageausfälle durch gegenläufige Effekte etwa aufgrund geringerer Zinssätze und/oder günstigerer Wechselkurse kompensiert werden, die eine höhere Investitions- und Exportnachfrage zur Folge haben.

Ungeachtet solcher wachstumsfördernden Effekte rechnet zum Beispiel der Internationale Währungsfonds (IWF) mit negativen kurzfristigen Wachstumseffekten durch die Haushaltskonsolidierungen (IMF, 2010, Kap. 3, 98 ff.). Dieser Effekt ist bereits bei einem normalen weltwirtschaftlichen Umfeld gegeben. Laut IWF ist die gegenwärtige Situation nicht vergleichbar mit den Bedingungen, die in vergangenen Szenarien herrschten. Die bereits extrem niedrigen Zinsen können auch bei einer erfolgreichen Konsolidierung kaum weiter sinken. Außerdem müssen gegenwärtig viele Länder ihren Konsolidierungskurs gleichzeitig einleiten. Beides verstärkt die negative Wachstumswirkung. Für das als repräsentativ ausgewählte Kanada rechnet der IWF deshalb mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von -2 Prozent statt $-0,5$ Prozent. Denn die Kompensation der staatlichen Nachfrageausfälle durch niedrigere Zinsen und nachfolgend höhere Investitionen sowie niedrigere Wechselkurse und einer damit verbundenen höheren Exportnachfrage bleibt aus.

Allerdings ist für die Prognose des IW Köln zu beachten, dass Wachstumseinbußen infolge nationaler Konsolidierungsbemühungen bereits in die jeweiligen Konjunkturprognosen einfließen. Die Unsicherheiten, die sich aus möglichen Nachfrageausfällen infolge der veränderten fiskalpolitischen Bedingungen im Ausland ergeben, werden im Grundsatz bereits berücksichtigt. Gleichwohl lassen sich die verschiedenen Parameter, die Einfluss auf die nachfrageseitigen Folgen der Konsolidierungspolitik im Ausland haben, für den Prognosezeitraum nicht vollständig bestimmen. Die entsprechend unsicheren Konsequenzen für die deutsche Konjunktur müssen demnach als ein Risikofaktor bewertet werden.

Beruhigung an den Finanzmärkten

Die Stimmung an den Finanzmärkten ist überraschend gut. Überraschend ist dies, da die Krisen der europäischen Staatsfinanzen noch nicht endgültig überwunden sind, das Finanzsystem sich wegen der anstehenden Neuregulierungen und strengeren Eigenkapitalanforde-

rungen weiterhin im Restrukturierungsprozess befindet und die realwirtschaftlichen Aussichten für Europa und die Weltwirtschaft keineswegs gut sind.

Der wichtigste deutsche Aktienindex Dax ist in den letzten zwölf Monaten zunächst von 7.000 auf 5.100 Punkte gefallen und zuletzt wieder auf das Ausgangsniveau gestiegen. Die Verunsicherung lässt sich gut datieren: Von Anfang August bis Mitte September 2011 fiel der Dax um 1.900 Punkte, und der Volatilitätsindex VDax-New stieg von knapp über 20 auf deutlich über 50 (Abbildung 2). Der Volatilitätsindex VDax-New wird aus Optionspreisen berechnet und erfasst die Kosten für Aktienkursicherungsgeschäfte und damit die Nervosität der Anleger. Bis Ende des Jahres 2011 gab es dann einen Stillstand. Seit Jahresbeginn 2012 steigt der Dax und der Volatilitätsindex fällt. Für diese Berg-und-Tal-Fahrt gab es zwei Auslöser:

1. Nachdem die realwirtschaftliche Entwicklung viele Quartale gut bis sehr gut war, gab es Anzeichen für eine Verlangsamung besonders in Europa. Die wegen der Verunsicherung abnehmende Bereitschaft, Risiken eingehen zu wollen – also Aktien und Unternehmensanleihen „teuer“ zu kaufen –, ist auch an der Risikoprämie zwischen den Zinsen für europäische Unternehmensanleihen der Bonität BB und der für Unternehmensanleihen der Bonität AA abzulesen (Abbildung 2). Nahezu synchron mit der Entwicklung des Dax vollzog diese Spanne ein Auf und Ab in dem genannten Zeitraum August 2011 bis April 2012.
2. Die Investoren befürchteten, dass die Krise der europäischen Staatsfinanzen zu einer zweiten schweren Finanzkrise eskalieren würde. In der Tat gerieten die Preise italienischer und spanischer Anleihen unter großen Druck. Die Sekundärmarktrenditen von italienischen staatlichen Anleihen mit der Restlaufzeit von zehn Jahren und von spanischen Anleihen mit dieser Restlaufzeit stiegen bis November 2011 auf über 7 ¼ Prozent oder auf über 6 ½ Prozent. Mittlerweile sind diese Zinsen wieder gefallen. Anfang April 2012 betrug die Sekundärmarktrendite für spanische und italienische Anleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren 5 ½ Prozent und 5,15 Prozent.

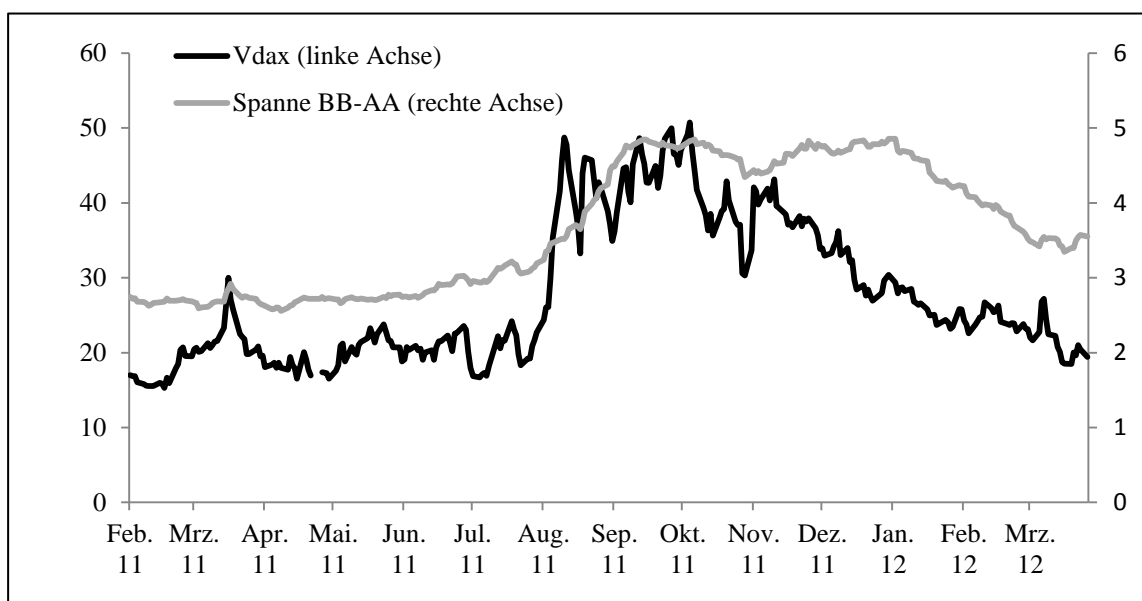
Dass sich die europäischen Finanzmärkte beruhigt haben, liegt auch an der Politik der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB hat umfangreiche Wertpapierkäufe getätigt und die Banken mit einer über 1.000 Milliarden Euro großen und über drei Jahre laufenden Refinanzierung versorgt. Insgesamt hat die Zentralbank damit die Banken mit so viel Liquidität versorgt, dass es auf die Nervosität an den Geldmärkten kaum ankommt und sie dort kaum zu sehen ist. Sie wird von dieser Liquiditätsschwemme überlagert. Eigentlich würde sich eine Ausweitung der Bilanz der EZB annähernd proportional in der Geldmenge und in der Kreditentwicklung niederschlagen. Diese Proportionalität ist jedoch durchbrochen, denn die Banken belassen enorme Reserven auf der Passivseite der EZB-Bilanz. Die Maß-

nahmen wirken somit nicht mit der normalen Übersetzung auf die Realwirtschaft. Sie haben aber offenbar die gewünschte Wirkung auf den Bankensektor und die Anleihemärkte. Auf absehbare Zeit wird die EZB an dieser Politik festhalten. Dementsprechend wird nicht mehr – wie noch in der letzten Prognose – mit einem Zinserhöhungszyklus gerechnet, sondern mit niedrigen Zinsen für den gesamten Prognosezeitraum.

Abbildung 2

VDax-New und Unternehmensanleihen

Erwartete Volatilität der Aktienkursentwicklung in Deutschland und BB-AA-Renditespanne für europäische Unternehmensanleihen in Prozentpunkten



Quellen: Bloomberg; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Auslandskonjunktur

Die Weltwirtschaft zeigt sich im Frühjahr 2012 robuster als in den letzten Monaten des Jahres 2011. Eine weltweite Rezession wird derzeit ausgeschlossen. Die Weltwirtschaft wird in realer Rechnung in diesem Jahr um 3 ½ Prozent und im nächsten Jahr um 4 Prozent wachsen. Dabei zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen in den Regionen: Das Wachstum in Asien bleibt weiterhin robust. Der Euroraum wird insgesamt gesehen in diesem Jahr eine Rezession durchlaufen. Die USA stemmen sich aus dem Konjunkturtal, werden aber nicht zu alter Stärke zurückfinden. Das reale Welthandelsvolumen wird in diesem Jahr um 5 Prozent und im nächsten Jahr um 6 ½ Prozent zunehmen.

Weltwirtschaft wieder im Aufwärtstrend

Die Entwicklung der und die Erwartungen für die Weltwirtschaft hatten sich über die letzten Monate des vergangenen Jahres deutlich eingetrübt. Vor allem die Diskussionen um die finanzpolitischen Situationen in den großen Industrieländern gaben Anlass zu der Sorge, dass die Weltwirtschaft wieder in eine schwere Rezession gleiten könnte. In den

vergangenen Monaten haben sich die Indikatoren allerdings wieder verbessert. Von einer weltweiten Rezession wird derzeit nicht ausgegangen. Über die nächsten Monate wird eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in vielen Industrieländern erwartet. Dies erfordert allerdings, dass sich das Vertrauen bei den Konsumenten und den Unternehmen wieder einstellt. Die Verschuldungskrisen müssen beherrschbar bleiben. Insgesamt ergibt sich damit das folgende weltwirtschaftliche Bild:

- Das reale Wachstum der Weltwirtschaft wird sich in diesem Jahr auf 3 ½ Prozent und im Jahr 2013 auf 4 Prozent belaufen.
- Das reale Welthandelsvolumen wird in diesem Jahr um 5 Prozent und im nächsten Jahr um 6 ½ Prozent ansteigen.
- Innerhalb der verschiedenen Weltregionen zeigt sich aber ein deutlich anderer Wachstumspfad: Das Wachstum in den Schwellenländern bleibt robust, wenn auch mit etwas schwächerer Gangart in diesem Jahr. Der Euroraum wird dagegen in diesem Jahr eine milde Rezession durchlaufen. Die USA werden aus dem Konjunkturtief herauskommen, aber dennoch keine wirtschaftliche Dynamik alter Stärke entwickeln können.

Im vorhergehenden Abschnitt wurde dargelegt, dass sich dieser Ausblick weiterhin deutlich in einem unsicheren Umfeld vollzieht, das durch zahlreiche Belastungsfaktoren begründet wird. Die Verschuldungssituation wird sich in vielen Ländern nicht entschärfen, und die Finanzpolitik ist daher gezwungen, entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten. Dies wird restriktiv wirken. Die Staatsschuldenkrise verunsichert nach wie vor Haushalte und Unternehmen. Viele Länder sind zudem durch eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, die Folgen der Krise aus dem Jahr 2009 wirken immer noch nach. Schließlich treiben die hohen Energiepreise die Inflation an und sie dämpfen die Konsumausgaben.

Asien bleibt robust

Die wirtschaftliche Entwicklung in Asien bleibt auf einem robusten Expansionspfad. Gleichwohl werden einige Länder in diesem Jahr einen Gang zurückschalten. Teilweise zwingen Inflationssorgen zu Gegenmaßnahmen im Rahmen der Geldpolitik, teilweise bedingt die schwächere Weltwirtschaft auch geringere Impulse des Außenhandels. Der IWF geht dennoch für die asiatischen Volkswirtschaften (ohne Japan) von einem realen Wirtschaftsplus von gut 7 Prozent in diesem und von knapp 8 Prozent im nächsten Jahr aus. Gegenüber der Herbstprognose 2011 ergibt sich damit eine Abwärtsrevision für dieses Jahr von 0,7 Prozentpunkten. Der starke Wachstumsprozess bleibt allerdings intakt.

Japan befindet sich nach der verheerenden Natur- und Atom-Katastrophe vom letzten Frühjahr wieder in einem Aufwärtstrend. Danach war die reale Wirtschaftsleistung zunächst gesunken, bevor dann wieder ein Aufwärtstrend zu erkennen war. Insgesamt sank das reale BIP im vergangenen Jahr um 0,7 Prozent. Für dieses Jahr ist ein reales Wachstum von rund 2 Prozent zu erwarten. Maßgebliche Wachstumstreiber werden die Ausgaben der privaten Konsumenten und die Investitionen sein. Der Außenhandel fällt zunehmend als Wachstumsstütze aus. Neben einer schwächeren Weltkonjunktur belastet vor allem die starke Aufwertung des Yen die japanische Wirtschaft und deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Aufgrund der Katastrophe und anderer wirtschaftlicher Schwierigkeiten versucht die japanische Geld- und Fiskalpolitik, die Wirtschaft zu stützen. Die Regierung hat Maßnahmen zum Wiederaufbau der Wirtschaft innerhalb der nächsten fünf Jahre beschlossen, die insgesamt rund 4 Prozent des BIP ausmachen werden. Zudem hat die Zentralbank das Aufkaufprogramm für Staatsanleihen erhöht, Stützungsmaßnahmen für den Yen getätigt und Kredite an Finanzinstitute aufgestockt. Dennoch werden auch durch diese Maßnahmen viele der Probleme nicht gelöst werden. Die deflationären Tendenzen werden bis zum nächsten Jahr weiter bestehen. Zudem wird sich infolge steigender Ausgaben die Staatsverschuldung erhöhen. Das Haushaltsdefizit wird sich in diesem Jahr auf rund 9 Prozent und im nächsten auf 9,5 Prozent des BIP belaufen. Die OECD prognostiziert für das nächste Jahr einen Schuldenstand von fast 230 Prozent des BIP.

In **China** dürfte das Wachstum etwas niedriger als in den vergangenen Jahren ausfallen. In diesem Jahr wird das reale BIP um 8 Prozent und im nächsten Jahr um 8 ½ Prozent ansteigen. Der Preisanstieg wird im Prognosezeitraum bei gut 4 Prozent liegen. Dabei werden sich die Wachstumskräfte allerdings zunehmend verschieben, und vor allem die binnenwirtschaftlichen Kräfte werden die Oberhand gewinnen. Der Private Konsum wird dabei getrieben durch Reallohnsteigerungen und einem Beschäftigungsanstieg in den Städten. Zudem bleibt auch die Expansion der Anlageinvestitionen stark. Die Konsumausgaben dürften indirekt durch steigende Importe dafür sorgen, dass der Leistungsbilanzüberschuss weiter abgebaut wird, zumal die Exporte wegen einer leicht schwächeren Auslandsnachfrage auch verhaltener expandieren werden. Die Wirtschaftspolitik bleibt insgesamt unterstützend. Zwar hat die Zentralbank im letzten Jahr den Leitzins erhöht, um der Inflation entgegenzuwirken. Doch derzeit ist davon auszugehen, dass der Preisanstieg für Rohstoffe und Nahrungsmittel schwächer verlaufen wird. Verbunden mit einer Aufwertung des Renminbi Yuan dürfte der Preisanstieg nachlassen. Beides wird die Geldpolitik dazu nutzen, ihre eingeleitete Lockerung weiter fortzusetzen. Auch die Finanzpolitik versucht, unterstützend einzugreifen. Geplante Mehrausgaben im Bereich des sozialen Wohnungsbaus sowie im Bereich der Renten- und Krankenversicherung werden die Konjunktur stützen.

In **Indien** bleibt das Wachstum mit einem realen Zuwachs von 7 Prozent in diesem und 7 ½ Prozent im Jahr 2013 ebenfalls hoch. Das Wachstum dürfte weiter durch die binnenwirtschaftlichen Kräfte getragen werden. Sorgen bereitet nach wie vor das hartnäckige Inflationsproblem. Die Verbraucherpreise werden in diesem Jahr um über 7 Prozent ansteigen. Steigende Nahrungsmittelpreise und Energiepreise spielen hier eine gewichtige Rolle. Die Zentralbank reagiert mit einem hohen Zinsniveau, das sich dämpfend vor allem auf die Investitionstätigkeit auswirken wird. Die Wachstumsraten entsprechen aber immer noch dem langfristigen Trend: Im Zeitraum 2000 bis 2010 stieg das reale BIP um jahresdurchschnittlich 7 ½ Prozent.

Krise der Euroländer stärker als erwartet

Die Krise in einer Reihe von Ländern des Euroraums hält an. Über die letzten Monate haben sich die Wachstumsaussichten der Ländergruppe zunehmend verschlechtert. Die Staatsschuldenkrise verbunden mit den Problemen auf den Finanzmärkten dürfte sowohl bei den Verbrauchern als auch bei den Unternehmen zunehmend zu verstärkten Unsicherheiten geführt haben. Denn ein Ende der Krise ist nicht abzusehen. Daran dürften auch die jüngsten Diskussionen über die Aufstockung des Rettungsschirms nichts ändern. Diese ernstesten Entwicklungen spiegeln sich nun auch in den Wachstumserwartungen wider. Dies gilt vor allem für das laufende Jahr. Die Länder des Euroraums werden in diesem Jahr insgesamt betrachtet eine milde Rezession durchlaufen. Das reale BIP wird um fast ½ Prozent zurückgehen. Die Aussichten für diese Ländergruppe haben sich im Verlauf der letzten Monate deutlich eingetrübt. Denn im Rahmen der Herbstprognose des IW Köln wurde für dieses Jahr noch mit einer Zunahme der realen Wirtschaftsleistung um 1 ½ Prozent gerechnet (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2011). Die Schwäche des Euroraums ist auch eine der wesentlichen Ursachen für das verminderte Weltwirtschaftswachstum. Der Sparkurs in den öffentlichen Haushalten dämpft kurzfristig das Wachstum. Zudem wird vor allem der Private Konsum durch die teilweise triste Lage auf den Arbeitsmärkten in einigen Ländern deutlich gehemmt. Die Arbeitslosenquote des Wirtschaftsraums wird in diesem Jahr auf fast 11 Prozent ansteigen. Weltweit ungünstigere Absatzbedingungen, höhere Unsicherheiten und schwierigere Finanzierungsbedingungen werden auch die Investitionen belasten.

Im Jahr 2013 dürfte das Wachstum wieder rund 1 Prozent betragen. Dies setzt allerdings voraus, dass die Unsicherheiten abnehmen und die Wirtschaftspolitik eine zunehmende Orientierung hinsichtlich der Staatsschuldenkrise herbeiführen kann. Eine neuerliche Belebung der Wachstumsdynamik wird davon abhängen, inwieweit die Exporte und der Ver-

brauch der privaten Haushalte wieder anziehen werden. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird im Prognosezeitraum bei gut 2 Prozent liegen.

Tabelle 1

IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2011	2012	2013
Deutschland	3,0	1 ¼	2
Frankreich	1,7	0	1
Italien	0,5	-1 ½	0
Spanien	0,7	-1 ½	0
Niederlande	1,3	-¾	1
Belgien	1,9	0	1
Österreich	3,1	½	1 ½
Griechenland	-6,8	-5	-½
Finnland	2,9	½	1 ½
Portugal	-1,6	-3 ½	0
Irland	0,8	0	1 ½
Euroländer ^{1) 2)}	1,5	-½	1
USA	1,7	2	2 ½
Japan	-0,7	2	1 ½
Vereinigtes Königreich	0,8	½	1 ½
Kanada	2,5	2	2
Schweiz	1,9	½	1 ½
Industrieländer ^{1) 3)}	1,1	1 ¾	2
China	9,2	8	8 ½
Indien	7,4	7	7 ½
Russland	4,1	4	4
Weltwirtschaft	3,8	3 ½	4
Nachrichtlich: Welthandelsvolumen	6,9	5	6 ½

1) Gewicht: BIP 2010. 2) Ohne Slowakische Republik, Slowenien, Malta, Zypern, Luxemburg und Estland. 3) Gewichteteter Durchschnitt der hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.

Quellen: IWF; Consensus Forecasts; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

In den einzelnen Regionen Europas zeigen sich allerdings unterschiedliche Entwicklungen, die teils mit schwerwiegenden Rezessionen einhergehen, teils aber auch solide Entwicklungen aufweisen (Tabelle 1):

- Im **Euroraum** werden Griechenland und Portugal die schwerwiegendsten Rezessionen in diesem Jahr verkraften müssen. Auch Italien und Spanien sind mit Rezessionen konfrontiert. Das reale BIP wird in diesen beiden Ländern um rund 1 ½ Prozent sinken. Auch die Niederlande werden einen Wachstumsrückgang verzeichnen. Zudem werden Länder wie Frankreich, Belgien und Irland stagnieren.
- Im **Vereinigten Königreich** steigt das reale BIP in diesem Jahr nur um ½ Prozent. Die Wirtschaftspolitik setzt wie zuvor auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, zum Beispiel durch Ausgabenkürzungen und Einstriche im öffentlichen Dienst. Das Budgetdefizit wird sich allerdings auf fast 9 Prozent des BIP belaufen. Im nächsten Jahr dürfte es auf 7 Prozent sinken, und der Schuldenstand wird sich auf rund 100 Prozent des BIP erhöhen. Zudem hemmen die schwache Einkommensentwicklung und Probleme auf dem Arbeitsmarkt den Privaten Konsum, der in den Vorjahren meist als Wachstumstreiber fungierte. Sollten die Auslandsnachfrage und der Private Konsum wieder ab Mitte des Jahres 2012 anziehen, wird sich das Wachstum auf rund 1 ½ Prozent im nächsten Jahr erhöhen.
- In den **osteuropäischen Beitrittsländern** bleibt die Lage unterschiedlich. In Polen dürfte im Prognosezeitraum ein reales Wachstum von gut 3 Prozent erreicht werden. Ungarn dagegen wird in diesem Jahr höchstens stagnieren. Die Länder sind in unterschiedlicher Weise von der internationalen Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die internationale Arbeitsteilung betroffen. Insgesamt wird die Ländergruppe um 2 Prozent in diesem und um knapp 3 Prozent im nächsten Jahr wachsen.
- In **Russland** bleibt das Wachstum mit rund 4 Prozent im Prognosezeitraum hoch. Vor allem die gute preisliche Entwicklung auf den Energiemärkten begünstigt das Land. Der Private Konsum und die Investitionstätigkeit bleiben stark, und die Einnahmen aus den Energieverkäufen stärken den öffentlichen Haushalt. Das Budgetdefizit ohne Öleinnahmen wird sich weiterhin auf über 9 Prozent des BIP belaufen. Positive Signale dürften sich durch die erfolgreiche Bekämpfung der Inflation ergeben. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird im Prognosezeitraum auf unter 6 Prozent im Jahresdurchschnitt sinken. Dies wäre der beste Wert seit Erfassung der Daten auf internationaler Ebene seit 1993.

USA ohne große Dynamik

Die wirtschaftliche Situation in den USA hat sich über die letzten Monate zunehmend verbessert. Die Bedenken um ein Abgleiten in eine Rezession, die man im letzten Jahr gerade bei der Diskussion um die Ausweitung der Schuldengrenze führte, wurden damit nicht bestätigt. Im zweiten Halbjahr nahm die Konjunktur wieder mehr Fahrt auf. Der Anstieg des realen BIP im vierten Quartal 2011 um 0,8 Prozent war der stärkste Anstieg seit dem

zweiten Quartal 2010. Vor allem der Private Konsum erwies sich dabei als robust. Die starke Investitionstätigkeit im letzten Quartal 2011 lieferte den höchsten Wachstumsbeitrag. Dabei nahm vor allem der private Wohnungsbau kräftig zu, während der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen geringer ausfiel. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war neutral.

Für die Weltwirtschaft ist eine Wiederbelebung der US-amerikanischen Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Insgesamt bleibt die konjunkturelle Dynamik der größten Volkswirtschaft der Welt aber verhalten, wenn auch aufwärts gerichtet. Das reale BIP dürfte in diesem Jahr um rund 2 Prozent und im Jahr 2013 um rund 2 ½ Prozent zunehmen. Die Preisentwicklung wird zunächst überschaubar bleiben. Die Verbraucherpreise dürften in diesem Jahr um gut 2 Prozent ansteigen und im Jahr 2013 um 2 Prozent. Insgesamt sprechen folgende Gründe für einen verhaltenen Aufschwung in den USA:

- Bedeutende Indikatoren wie der Einkaufsmanagerindex (ISM) oder das Konsumentenvertrauen haben sich über die letzten Monate verbessert, bleiben aber auf einem recht niedrigen Niveau. Zudem sendet auch der Arbeitsmarkt positive Signale, und über die letzten Monate konnte per saldo Beschäftigung aufgebaut werden. Trotzdem wird die Arbeitslosenquote mit gut 8 Prozent in diesem Jahr auf einem hohen Niveau verharren. Verbunden mit der schwachen Einkommensentwicklung wird dies die privaten Konsumausgaben nicht merklich beleben. Zudem bestehen nach wie vor Anpassungsprobleme auf dem Immobilienmarkt, die die Konsumenten zur Vorsicht zwingen. Zwar ist die Sparquote zuletzt wieder unter die 5-Prozent-Marke gesunken. Doch mittelfristig wird an einer weiteren Konsolidierung der privaten Haushalte kein Weg vorbeigehen.
- Positive Hoffnungen können auf den Unternehmensinvestitionen ruhen, die gerade im vierten Quartal 2011 angestiegen sind. Doch die Finanzierungsbedingungen bleiben für viele Unternehmen schwierig. Zwar zeigen sich hohe Unternehmensgewinne bei vielen international ausgerichteten Unternehmen. Doch gerade für viele kleine und mittelständische Unternehmen bleibt die Ertrags- und Finanzierungslage angespannt. Die Geldpolitik wird nach Ankündigungen des Federal Reserve System mindestens bis Mitte 2013 expansiv ausgerichtet sein. Dies dürfte die Investitionstätigkeit begünstigen.
- Der Finanzpolitik sind zunehmend die Hände gebunden. Von ihr werden im Prognosezeitraum eher kontraktive Wirkungen erwartet. In diesem Jahr dürfte das Budgetdefizit anhaltend bei gut 9 Prozent liegen, der Schuldenstand dürfte über die 100-Prozent-Marke ansteigen. Daraus erwachsen deutliche Konsolidierungszwänge in der Zukunft. Die Stimmung ist auch zwischen den politischen Lagern weiterhin gereizt: Im Herbst 2011 wurde ein von Präsident Obama in den Kongress eingebrachtes Konjunkturpaket gestoppt. Weitere Impulse aus der Finanzpolitik sind daher nicht zu erwarten. Auch das

Wahljahr 2012 dürfte daran nichts ändern. Insgesamt wird mittelfristig kein Weg an einer dauerhaften Konsolidierung vorbeigehen.

Konjunktur in Deutschland

Die konjunkturelle Dynamik in Deutschland wird nach der Stagnation im Winterhalbjahr 2011/2012 wieder zunehmen. Die Investitionstätigkeit zieht wieder an, und der Beschäftigungsaufbau stärkt den Konsum. Der Außenbeitrag wird kaum etwas zum Wachstum beisteuern. Im Jahr 2012 wird die deutsche Wirtschaft um 1 ¼ Prozent zulegen. Bei ungebrochenem konjunkturellem Tempo wird das reale BIP im Jahr 2013 um gut 2 Prozent zulegen.

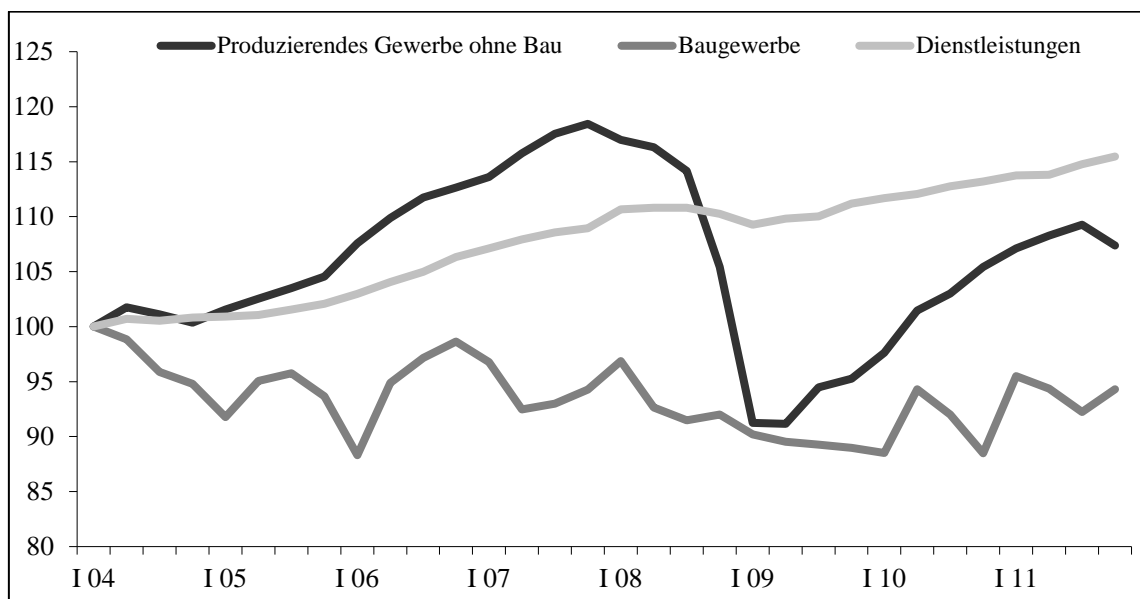
Stagnation in Deutschland im Winter 2011/2012

Die Dynamik der deutschen Wirtschaft ließ im Jahresverlauf 2011 deutlich nach. Während das erste Quartal 2011 noch von einem hohen Zuwachs geprägt war – das preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte BIP stieg gegenüber dem Vorquartal um 1,3 Prozent an –, war im Schlussquartal ein Rückgang in Höhe von 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu verzeichnen. Gleichwohl übertraf die reale Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2011 das Vorjahresniveau noch um 2 Prozent. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Gesamtjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3 Prozent an.

Abbildung 3

Entstehungsseite des BIP in Deutschland

Entwicklung der preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten Bruttowertschöpfung;
Index 1. Quartal 2004 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der Start in das Jahr 2012 war nach ersten, bruchstückhaften Angaben von einem Seitwärtsgang geprägt, sodass die Wirtschaftsleistung im gesamten Winterhalbjahr 2011/2012 mehr oder weniger auf der Stelle trat. Dabei entwickelten sich die drei großen Wirtschaftsbereiche Industrie, Dienstleistungen und Bau recht unterschiedlich (Abbildung 3):

- Der durchgängige Aufholprozess des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe), der im dritten Quartal 2009 einsetzte, wurde im vierten Quartal 2011 unterbrochen. Die reale Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs ging gegenüber dem Vorquartal um 1,7 Prozent zurück. Abbildung 3 macht auch deutlich, dass mit Blick auf die industrielle Wertschöpfung der Rückgang infolge der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 noch nicht wettgemacht wurde. Zum Jahresende 2011 wurde der Höhepunkt von vor der Krise noch um knapp 10 Prozent verfehlt. Die Lücke dürfte sich im ersten Quartal 2012 weiter leicht vergrößert haben.
- Dagegen liegt die preisbereinigte Wertschöpfung des Dienstleistungssektors mittlerweile um 6 Prozent über den Höchstwerten von vor der Krise. Die wirtschaftliche Dynamik dieses heterogenen Sektors war auch im vergangenen Jahr stetig nach oben gerichtet. Die gesamtwirtschaftliche Stagnation im Winterhalbjahr 2011/2012 dürfte diesen Bereich nur moderat betroffen haben.
- Das Baugewerbe konnte im Jahr 2011 einen Zuwachs bei der realen Bruttowertschöpfung in Höhe von 3,5 Prozent verbuchen. Das war das höchste Wachstum seit dem Jahr 1994. Seitdem war nur in den Jahren 2006 und 2010 ein Plus zu verzeichnen. Die starken Auf- und Abwärtsbewegungen im Winterhalbjahr 2010/2011 waren vor allem witterungsbedingt. Dagegen war das Winterhalbjahr 2011/2012 mehr oder weniger von einer stabilen Entwicklung geprägt.

Außenhandel im Seitwärtsgang

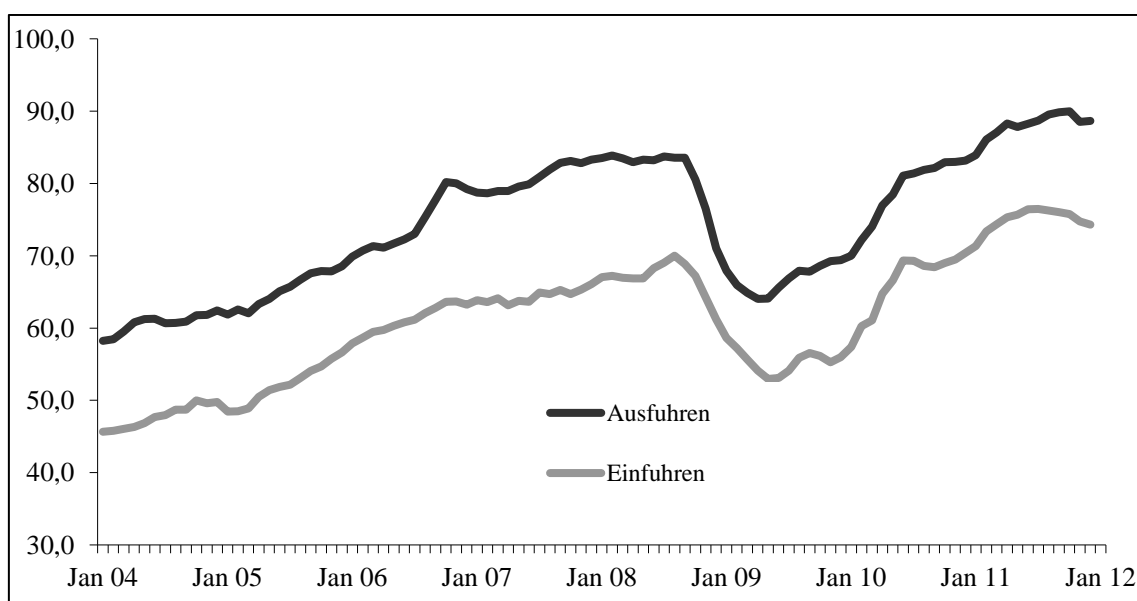
Die bis zum Schlussquartal 2011 hohe industrielle Dynamik in Deutschland ging mit einem rasanten Außenhandel einher. Die deutschen Exporte von Waren und Dienstleistungen stiegen im Jahr 2011 in preisbereinigter Rechnung um insgesamt 8,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Dabei kamen die größten Impulse vom Warenhandel, der um 9,1 Prozent expandierte. Die Dienstleistungsexporte stiegen um 3,4 Prozent an. Die realen Importe legten insgesamt um 7,4 Prozent zu. Auch hier wurden die größten Zuwächse bei den Wareneinfuhren verbucht (+8,8 Prozent), während die Dienstleistungsimporte nur um 1,7 Prozent expandierten. Durch die etwas stärker ansteigenden Exporte steuerte der Außenbeitrag im Jahr 2011 insgesamt 0,8 Prozent zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in Höhe von 3 Prozent bei.

Ein Blick auf die Quartalswerte für den gesamten Außenhandel oder die in Abbildung 4 dargestellten Monatswerte für den Warenhandel zeigt aber, dass die Auslandsgeschäfte merklich an Dynamik einbüßen mussten. Während sich die Warenausfuhren in einer Seitwärtsbewegung befinden, sind die Warenimporte sogar leicht rückläufig. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass sich die Export- und Importaktivitäten auf einem sehr hohen Niveau befinden. Die Höchstwerte von vor der Krise (Jahresmitte 2008) wurden zum Jahresanfang 2012 um rund 5 Prozent übertroffen. Mit Blick auf den deutschen Außenhandel waren die Rückgänge infolge der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bereits im Jahr 2010 ausgeglichen. Die kräftige Erholung von Weltwirtschaft und Welthandel hatten den deutschen Außenhandel wieder auf Wachstumskurs gebracht.

Abbildung 4

Deutsche Warenausfuhren und Wareneinfuhren

Saisonbereinigt, gleitender Drei-Monats-Durchschnitt, in Milliarden Euro



Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Die Auftragseingänge aus dem Ausland lassen für die kommenden Monate keine Aufwärtsdynamik bei den Ausfuhren erkennen. Nachdem die preis- und saisonbereinigten Auslandsaufträge der Industrie im vierten Quartal 2011 bereits unter dem Niveau des Vorquartals lagen, gaben sie zum Jahresanfang 2012 nochmals deutlich nach. Sie lagen in den letzten Monaten auch deutlich unter dem Vorjahresniveau, allein im Januar und Februar 2012 wurde dieses um gut 7 Prozent unterschritten. Allerdings lassen die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen für das Jahr 2012 eine Erholung im weiteren Jahresverlauf erwarten. 26 Prozent der Unternehmen gehen für dieses Jahr von steigenden Exporten aus, nur 11 Prozent von sinkenden. 63 Prozent erwarten ein gleichbleibendes Exportgeschäft.

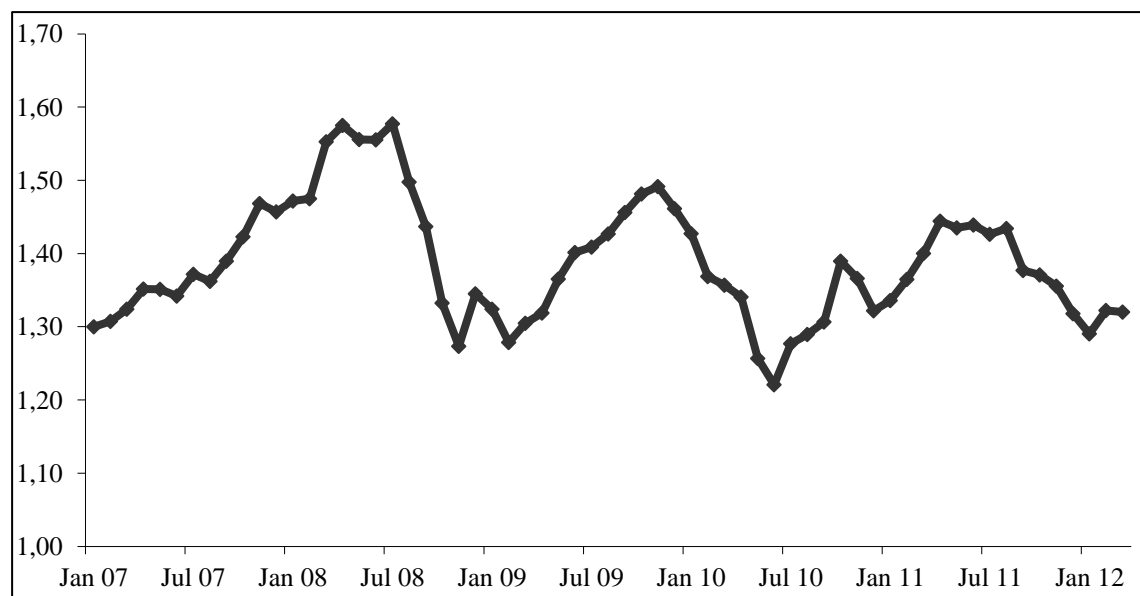
Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen hat sich damit gegenüber dem Herbst 2011 von 10 auf 15 Prozentpunkte verbessert. Die Exporterwartungen haben sich sowohl in der Industrie als auch im Bau- und Dienstleistungsbereich gegenüber dem Herbst 2011 aufgehellt. Die Exporterwartungen untermauern die Prognose einer sich wieder erholenden Exportwirtschaft. Dieser Prognose liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

1. Die Weltwirtschaft wird weiter, aber abgebremst expandieren. Vor allem die wirtschaftliche Dynamik der europäischen Länder und damit deren Importtätigkeit geben kein günstiges Umfeld für die deutsche Exportwirtschaft ab. Schließlich gehen knapp 40 Prozent der deutschen Warenausfuhren in die Länder des Euroraums. Die höchsten Wachstumsbeiträge für die deutschen Exporteure kommen weiterhin aus den aufstrebenden Volkswirtschaften. Diese prägen auch die Dynamik der Weltwirtschaft, die in diesem Jahr um 3 ½ Prozent und im Jahr 2013 um 4 Prozent zulegen wird. Der Welthandel wird in preisbereinigter Betrachtung im Jahr 2012 um 5 Prozent und im Jahr 2013 um 6 ½ Prozent expandieren.
2. Die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird das Exportgeschäft der deutschen Wirtschaft nicht begünstigen. Die Lohnstückkosten der Industrie steigen im Prognosezeitraum an.

Abbildung 5

Wechselkurs des Euro

US-Dollar je Euro



Quellen: EZB; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

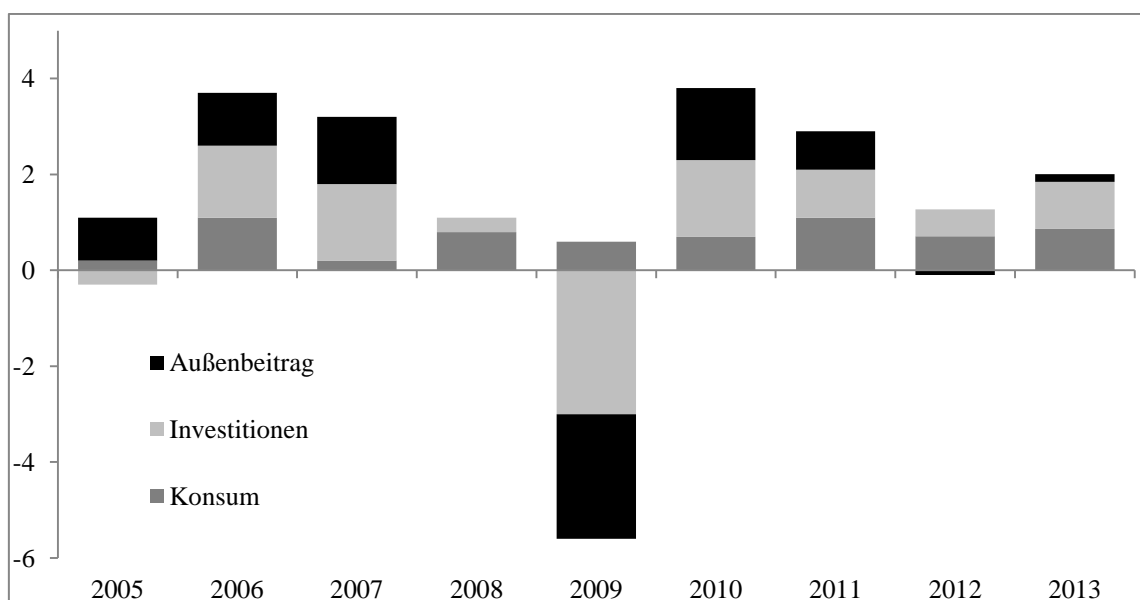
3. Die Entwicklung der Wechselkurse hat die Exporttätigkeit der deutschen Wirtschaft in letzter Zeit eher begünstigt. Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar seit der Jahresmit-

te 2011 um rund 8 Prozent abgewertet (Abbildung 5). In den letzten Monaten notierte der Euro bei gut 1,30 US-Dollar. Darin schlagen sich offensichtlich die derzeit erheblich besseren Konjunkturerwartungen für die USA im Vergleich zum Euroraum nieder. Für den Prognosezeitraum 2012 und 2013 wird der Euro zwischen 1,30 und 1,40 US-Dollar rangieren. Dahinter steht die Erwartung, dass sich das Wachstumsdifferenzial beider Wirtschaftsräume im kommenden Jahr wieder zurückbildet. Die hohen Staatsschulden auf beiden Seiten des Atlantiks haben zumindest diesen Wechselkurs bisher nicht stark beeinflusst. Die vergangenen beiden Jahre waren von mehr oder weniger gleichmäßigen Aufwertungs- und Abwertungsphasen geprägt.

Abbildung 6

Wachstumsbeiträge in Deutschland

Beiträge zur Veränderung des realen BIP in Prozentpunkten



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die schwächere Gangart der Weltwirtschaft, vor allem die rezessiven Tendenzen in einer Reihe von europäischen Volkswirtschaften, werden die Ausfuhrtätigkeit der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr abbremsen, aber nicht ausbremsen. Die preisbereinigten Exporte werden um knapp 3 Prozent, die realen Importe um gut 3 Prozent expandieren. Somit wird der Außenbeitrag geringfügig zulegen und kaum noch einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Mit der einsetzenden Erholung in Europa und der weiterhin nicht stark abgebremsten Dynamik in den Schwellen- und Entwicklungsländern wird sich das Exportumfeld der deutschen Unternehmen verbessern. Vor diesem Hintergrund werden die preisbereinigten Exporte im Jahr 2013 um 5 Prozent zulegen. Bei den realen Importen wird von

einem Zuwachs von $5\frac{1}{4}$ Prozent ausgegangen. Auch damit wird der Außenbeitrag im Jahr 2013 kaum etwas zum Wirtschaftswachstum in Deutschland beisteuern (Abbildung 6).

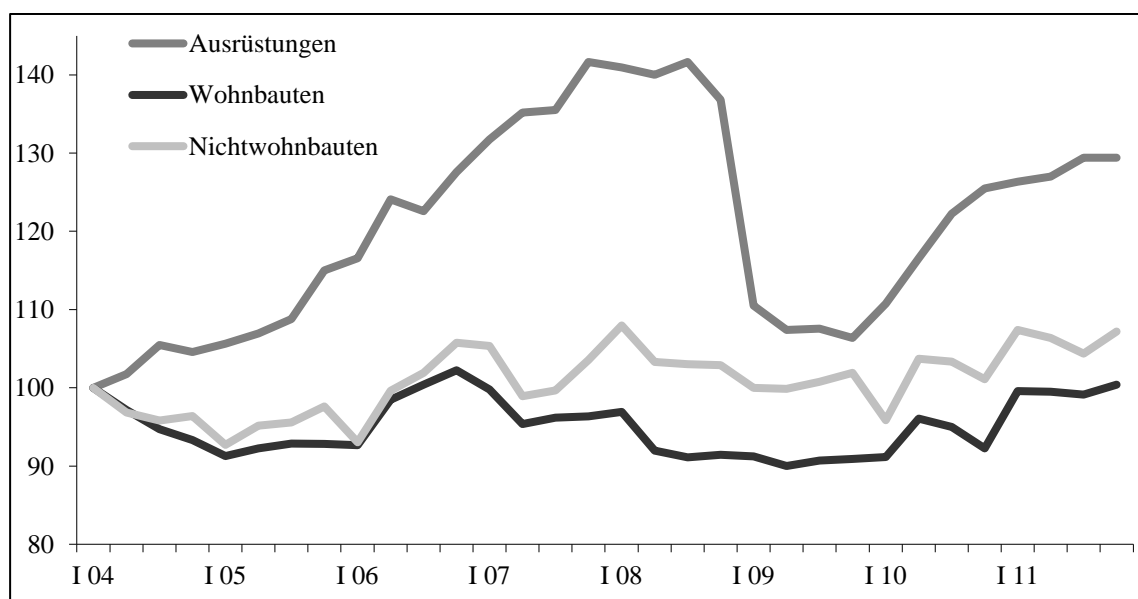
Investitionszyklus setzt sich fort

Abbildung 6 zeigt auch, in welchem Ausmaß die gesamtwirtschaftlichen Bruttoinvestitionen das Wirtschaftswachstum in Deutschland seit dem Jahr 2005 bestimmt haben. Vor allem in den wachstumsstarken Jahren 2006 und 2007 sowie 2010 und 2011 steuerten die Investitionen im Durchschnitt 1,4 Prozentpunkte zum Wachstum bei, der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags belief sich im Durchschnitt dieser vier Jahre nur auf 1,2 Prozentpunkte. Im Prognosezeitraum 2012 und 2013 beruht jeweils die Hälfte des Wachstums auf der Investitionstätigkeit im Inland.

Abbildung 7

Investitionstätigkeit in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoanlageinvestitionen; Index 1. Quartal 2004 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

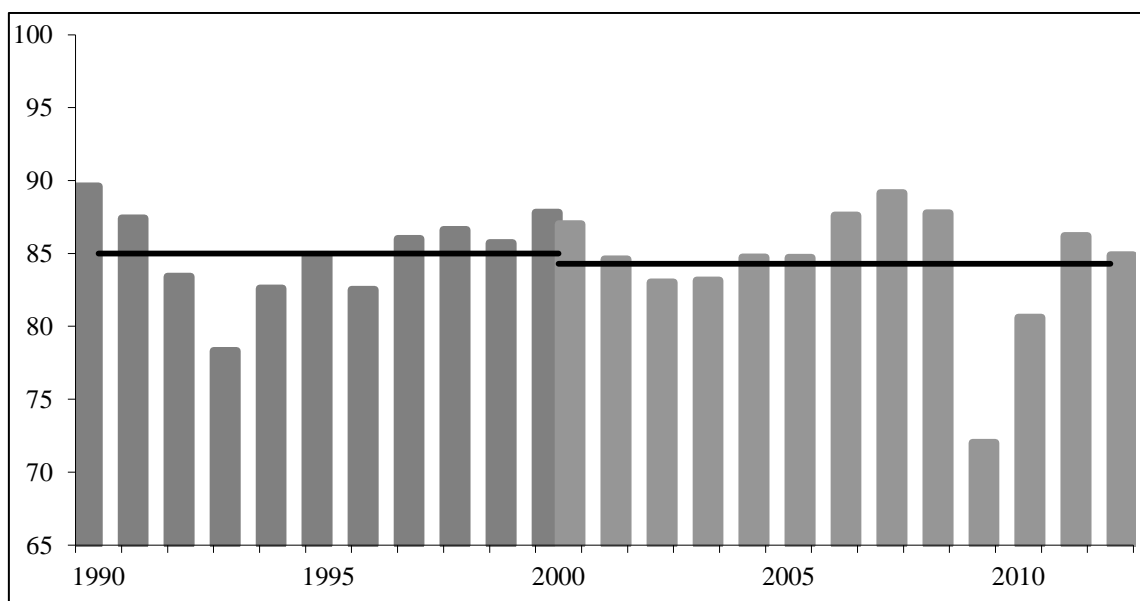
Die Ausrüstungsinvestitionen tragen in beiden Jahren jeweils die Hälfte des Wachstumsbeitrags der gesamten Bruttoinvestitionen, zu denen noch die Bauinvestitionen, die Sonstigen Investitionen (z. B. Computer-Software) und die Vorratsinvestitionen zählen. Gleichwohl muss auch festgehalten werden, dass mit Blick auf die Ausrüstungen der Investitionsmotor in Deutschland zuletzt erheblich langsamer lief (Abbildung 7). Nach der starken Erholung im Jahr 2010, als die realen Ausrüstungsinvestitionen das Vorjahresniveau um 10,5 Prozent übertrafen, konnte zwar im Jahr 2011 nochmals ein Wachstum in Höhe von 7,6 Prozent realisiert werden. Im Jahresverlauf fielen die Zuwächse allerdings schwächer

aus, im vierten Quartal 2011 stagnierten die preis- und saisonbereinigten Ausrüstungsinvestitionen. Neben der zyklischen Normalisierung nach dem starken Aufholprozess resultiert diese Abschwächung vorwiegend aus der schwächer tendierenden Weltwirtschaft und deren Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die zeitweise angestiegene konjunkturelle Unsicherheit schlägt sich beim Blick auf die inländischen Nachfrageaggregate in erster Linie bei den Ausrüstungsinvestitionen nieder. Die Risiken im Bankensektor hinsichtlich der möglichen Belastungen durch die Staatsschuldenkrise warfen offensichtlich auch Schatten der Unsicherheit auf die Investitionsanreize. Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum 2012 und 2013 wird von folgenden Faktoren beeinflusst:

Abbildung 8

Kapazitätsauslastung der Industrie in Deutschland

Kapazitätsauslastung in Prozent der betriebsüblichen Vollaussnutzung¹⁾



1) 1990 bis 2000: Westdeutschland, ab 2000: Deutschland; Jahresdurchschnitte auf Basis saisonbereinigter Daten für Januar, April, Juli und Oktober; 2012: Wert für Januar; Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Quellen: ifo; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

1. Im Gefolge der rückläufigen Auftragseingänge und Produktion hat sich die Kapazitätsauslastung in der Industrie wieder etwas zurückgebildet. Im Januar 2012 waren die industriellen Kapazitäten im Durchschnitt zu fast 85 Prozent ausgelastet. Das liegt leicht über dem langjährigen Durchschnitt in Deutschland (Abbildung 8). Wird bei dessen Berechnung das Krisenjahr 2009 nicht berücksichtigt, dann liegt die derzeitige Kapazitätsauslastung leicht unter dem Durchschnitt. Damit sind die Anreize zur Kapazitäts-

erweiterung derzeit weniger stark, wie dies etwa im vergangenen Jahr oder vor allem in den Jahren 2006 bis 2008 der Fall war.

2. Die Unsicherheiten im Bankenbereich infolge der Staatsschuldenkrise und des damit einhergehenden Abschreibungsbedarfs werden zu keiner Kreditklemme in Deutschland und nicht zu eingeschränkten Investitionen führen. Auch werden die Zinsen weiterhin auf einem im langfristigen Vergleich sehr niedrigen Niveau bleiben. Damit ist eine anhaltend günstige Fremdfinanzierung von Investitionen in Deutschland gewährleistet. Hinzu kommt, dass die Gewinnentwicklung der Unternehmen die Eigenfinanzierung von Investitionen erleichtert. Die Entwicklung an den Aktienmärkten dürfte dies ebenfalls unterstützen, wengleich sich auch hier noch Unsicherheiten an den Finanzmärkten infolge der Staatsschuldenkrise im Prognosezeitraum zeigen können.
3. Die Investitionserwartungen der Unternehmen haben sich seit dem Herbst 2011 verbessert. Für das Jahr 2012 gehen 36 Prozent der befragten Firmen von zunehmenden Investitionen aus, 16 Prozent wollen ihr Investitionsbudget reduzieren. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen hat sich gegenüber dem Herbst 2011 von 10 auf 20 Prozentpunkte verdoppelt.

Die abgeflachten Auslandsgeschäfte der deutschen Wirtschaft, vor allem die schwachen und von einem höheren Ausmaß an Unsicherheit geprägten Perspektiven in einigen europäischen Krisenländern haben die Dynamik der Investitionstätigkeit in Deutschland merklich abgebremst. Dies wird sich – auch vor dem Hintergrund durchschnittlich ausgelasteter Kapazitäten in der Industrie – erst im weiteren Jahresverlauf 2012 wieder normalisieren. Die Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahr 2012 in preisbereinigter Rechnung um $3\frac{3}{4}$ Prozent zulegen. Im kommenden Jahr werden sie mit knapp $7\frac{1}{2}$ Prozent doppelt so stark expandieren. Trotzdem wird im kommenden Jahr noch immer nicht das Investitionsniveau des Jahres 2008 erreicht. Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hatte offensichtlich vor allem die Investitionstätigkeit in Deutschland nachhaltig beeinträchtigt.

Bauinvestitionen weiter im Aufwind

Die Bauinvestitionen waren in den vergangenen beiden Jahren ein wichtiger Antreiber der deutschen Konjunktur. Im vergangenen Jahr stiegen die realen Bauinvestitionen um 5,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Das war – wie auch bei der Bruttowertschöpfung des Baugewerbes – der stärkste Anstieg seit dem Jahr 1994. Dabei waren die stärksten Zuwächse beim Wohnungsbau (+6,3 Prozent) und beim Wirtschaftsbau (+6,9 Prozent) zu verzeichnen. Dabei gilt zu unterscheiden, dass der Wohnungsbau seinen Aufwärtstrend aus dem Jahr 2010 (+3,5 Prozent) fortsetzte, während der Wirtschaftsbau im Jahr 2010 kaum expandierte. Im Jahr 2009 waren beide Bausparten und dabei vor allem der Wirtschaftsbau

krisenbedingt eingebrochen. Im Vergleich zum Wohnungs- und Wirtschaftsbau war der Zuwachs beim öffentlichen Bau im Jahr 2011 mit 1,3 Prozent bescheiden. Gleichwohl war dies in dieser Bausparte der höchste Zuwachs seit dem Jahr 2006. In den Jahren 2009 (+0,7 Prozent) und 2010 (+1,0 Prozent) waren die Zuwächse niedriger. Offensichtlich zeigt sich hier auch die zeitlich verzögerte Wirkung der Konjunkturprogramme.

Im Jahr 2012 und im kommenden Jahr wird in den drei Bausparten von den folgenden Entwicklungen ausgegangen:

- Der Wohnungsbau wird weiterhin nicht nur die Bauinvestitionen insgesamt, sondern auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum antreiben. Für diese erfreuliche Entwicklung nach einer Dekade mit fast ununterbrochenen Rückgängen gibt es mehrere Gründe: Erstens sind hier die anhaltend guten Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven der privaten Haushalte zu nennen. Zweitens sind und bleiben die Hypothekenzinsen auf einem niedrigen und investitionsfreundlichen Niveau. Drittens bilden die wieder angestiegenen Rohstoff- und Energiepreise Anreize zur Gebäudesanierung und Modernisierung. Viertens wird die Nachfrage nach Immobilien auch von den höheren Sicherheitsmotiven bei der Vermögensanlage begünstigt.
- Die im Prognosezeitraum wieder anziehende allgemeine Investitionstätigkeit wird auch den Wirtschaftsbau weiter beleben.
- Dagegen wird der öffentliche Bau kaum noch die gesamtwirtschaftlichen Bauinvestitionen antreiben. Die in den vergangenen beiden Jahren sichtbaren Impulse der Konjunkturprogramme fallen nunmehr nicht mehr an. Dazu werden sich auch die notwendigen Konsolidierungszwänge bremsend auf den öffentlichen Bau niederschlagen. Die derzeit gute Kassenlage infolge der gestiegenen Staatseinnahmen wirkt allerdings einem Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen entgegen.

Mit Blick auf die vorgezeichnete Entwicklung in den drei Bausparten werden die gesamten Bauinvestitionen im Jahr 2012 in preisbereinigter Rechnung um gut 2 ¼ Prozent expandieren. Dabei kommen in diesem Jahr die stärksten Impulse aus dem Wohnungsbau. In Kombination mit dem wieder anziehenden Gewerbebau wird für das Jahr 2013 ein Zuwachs in Höhe von gut 3 ¼ Prozent erwartet.

Konsum im Schatten der Inflation

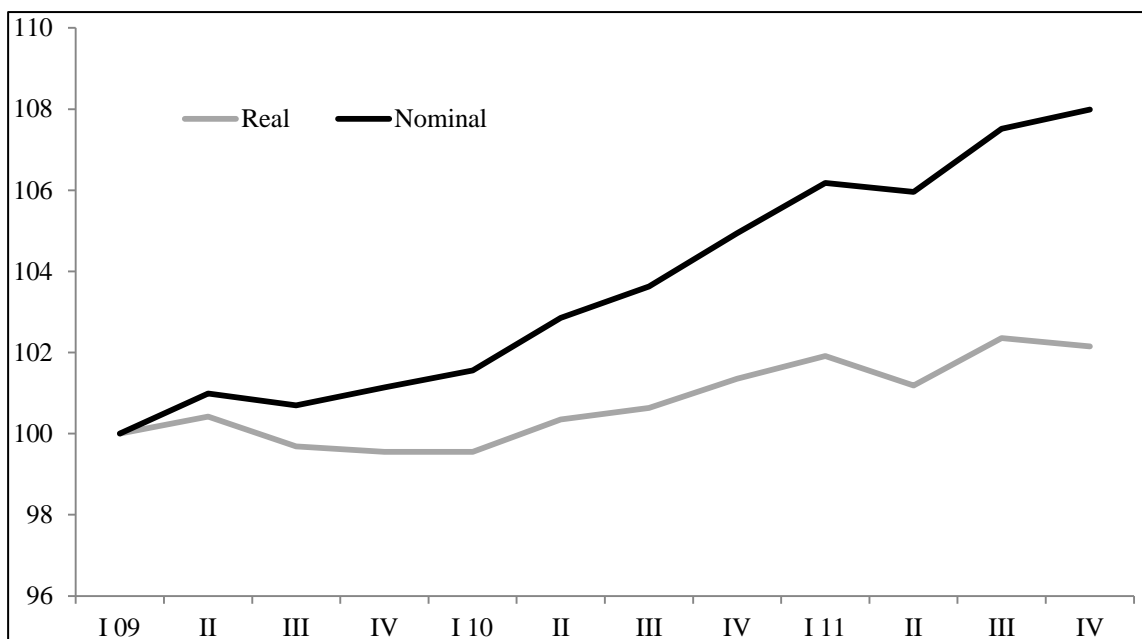
In Abbildung 6 sind auch die hohen Wachstumsbeiträge der Konsumausgaben in Deutschland zu sehen. Dabei handelt es sich um die zusammengefassten Wachstumsbeiträge der privaten und öffentlichen Konsumausgaben. Seit dem Jahr 2006 belief sich der Wachstumsbeitrag zum BIP auf durchschnittlich 0,8 Prozentpunkte – im Jahr 2011 sogar auf

1,1 Prozentpunkte. Wegen der Mehrwertsteuererhöhung 2007 fällt der Beitrag für das Jahr 2006 höher und für 2007 niedriger aus. Im vergangenen Jahr stiegen die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Das war – mit Ausnahme des Jahres 2006 (1,5 Prozent) – der höchste Anstieg in den letzten zehn Jahren. Auf Basis nominaler Werte belief sich der Zuwachs im vergangenen Jahr auf 3,6 Prozent, was sogar dem höchsten Anstieg seit dem Jahr 1994 entspricht. Abbildung 9 zeigt den nahezu durchgängigen Anstieg der nominalen Konsumausgaben seit dem dritten Quartal 2009. Lediglich im zweiten Quartal des vergangenen Jahres war ein leichter Rückgang zu beobachten. Dies untermauert die These, dass sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland, die in hohem Maß über das wieder stark in Fahrt gekommene Exportgeschäft ausgelöst wurde, auch in der Inlandskonjunktur niederschlägt. Eine Entkopplung von Auslands- und Inlandsnachfrage ist in Deutschland in den letzten Jahren nicht zu sehen. Dies wurde bereits in Abbildung 6 deutlich. Die gute Arbeitsmarkt- und damit auch die Einkommensentwicklung sind die wichtigste Erklärung für den guten Konsumverlauf in Deutschland.

Abbildung 9

Konsumentwicklung in Deutschland

Entwicklung des saisonbereinigten Privaten Konsums nominal und preisbereinigt; Index 1. Quartal 2009 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Abbildung 9 zeigt auch, in welchem Ausmaß die Preisentwicklung die reale Konsumdynamik in Deutschland in den vergangenen drei Jahren gedämpft hat. Während die nomina-

len Konsumausgaben seit dem ersten Quartal 2009 um insgesamt 8 Prozent anstiegen, war auf Basis preisbereinigter Werte nur ein Gesamtplus in Höhe von gut 2 Prozent zu verzeichnen. Vor allem im Jahr 2011 hat die allgemeine Teuerung das Konsum- und damit auch das Wirtschaftswachstum vermindert. Der Konsumdeflator gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stieg im vergangenen Jahr um 2,1 Prozent an, der Verbraucherpreisindex sogar um 2,3 Prozent. Davon entfiel 1 Prozentpunkt auf den Anstieg der Energiepreise. Für die Konsumententwicklung in Deutschland in den Jahren 2012 und 2013 kommen folgende Einflussgrößen in Betracht:

1. Die Arbeitsmarktperspektiven sind nach wie vor gut. In Kombination mit deutlichen Lohnerhöhungen wird dies den Privaten Konsum zunächst begünstigen.
2. Die zwischenzeitlich nachlassende konjunkturelle Dynamik, das niedrige Zinsniveau und die größere Vorsicht der privaten Haushalte bei der Vermögensbildung lassen zumindest im Jahr 2012 keine konsumtreibenden Effekte der Vermögenseinkommen erwarten. Im Jahr 2012 werden die Vermögenseinkommen und damit die Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte infolge der wieder anziehenden Konjunktur- und Gewinnentwicklung wieder etwas stärker zulegen.
3. Die Sparquote wird weiter leicht rückläufig sein, die Spartätigkeit der privaten Haushalte wird hinter ihrer Einkommensentwicklung zurückbleiben. Das ist zum einen eine Normalisierung nach dem krisenbedingten Anstieg der Sparquote. Im Jahr 2008 stieg die Sparquote von 11 auf 11,7 Prozent an. Zum anderen schlagen sich hier auch die geringeren Sparanreize infolge der Unsicherheiten durch die Staatsschulden- und Bankenprobleme nieder. Die Sparquote wird in den Jahren 2012 und 2013 bei unter 11 Prozent liegen.
4. Abbildung 9 hat bereits den konsumdämpfenden Effekt der Teuerung dargestellt. Auch im weiteren Betrachtungszeitraum wird die Konsumdynamik durch die Inflation merklich gebremst. Dies liegt zunächst an den wieder anziehenden Energie- und Rohstoffpreisen. Die Kerninflationsrate, bei der hier die Energiepreise nicht berücksichtigt sind, bewegte sich im zweiten Halbjahr 2011 bei knapp 1,5 Prozent, im ersten Quartal 2012 bei gut 1,5 Prozent. Für die Jahre 2012 und 2013 wird jeweils ein Anstieg des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr in Höhe von gut 2 Prozent erwartet. Die wieder anziehende Konjunktur und steigende Lohnstückkosten werden die Inflationsrate im gesamten Betrachtungszeitraum deutlich über der 2-Prozent-Schwelle halten.

Die anhaltend positive Entwicklung der nominalen Konsumausgaben in Deutschland – als Folge der Arbeitsmarkterholung und einer höheren Ausgabenneigung – wird im Prognosezeitraum durch die Preisentwicklung merklich beeinträchtigt. Im Jahr 2012 werden die

realen Konsumausgaben der privaten Haushalte um 1 Prozent zulegen. Im Jahr 2013 wird ein Zuwachs von gut 1 Prozent erwartet.

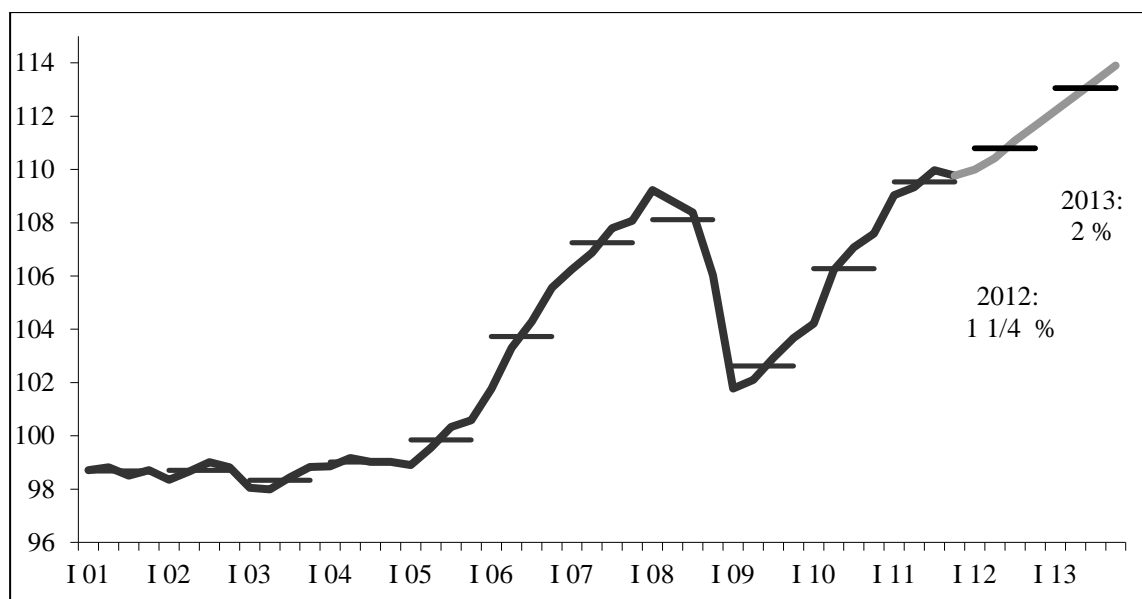
Verstetigung der Erholung

Die Ergebnisse der Frühjahrsumfrage des IW Köln untermauern die Einschätzung einer sich wieder belebenden Konjunktur im Verlauf dieses Jahres. 39 Prozent der 2.390 befragten Unternehmen gehen von einer steigenden Produktion im Jahr 2012 aus, nur knapp 17 Prozent erwarten Rückgänge. Damit zeigt sich gegenüber den Ergebnissen der IW-Konjunkturumfrage vom Herbst 2011 eine spürbare Stimmungsaufhellung. Der Saldo zwischen positiven und negativen Produktionserwartungen hat sich von gut 12 Prozentpunkten im Herbst 2011 auf 22 Prozentpunkte fast verdoppelt.

Abbildung 10

BIP-Verlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP; Index 2000 = 100 und Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die aufgezeigte Entwicklung der einzelnen Verwendungskomponenten des BIP und die Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr 2012 deuten an, dass die konjunkturelle Dynamik in Deutschland nach der Stagnation im Winterhalbjahr 2011/2012 wieder merklich zunimmt. Mit der im Jahresverlauf 2012 einsetzenden Erholung in Europa wird sich auch das Umfeld der deutschen Unternehmen wieder verbessern. Gleichwohl wird der Außenbeitrag kaum etwas zum Wachstum in den Jahren 2012 und 2013 beisteuern. Das

sich wieder günstiger zeigende internationale Umfeld wird aber auf die Inlandsnachfrage ausstrahlen. Die Investitionstätigkeit zieht wieder an, neue Arbeitsplätze entstehen und die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück, was wiederum den Konsum stärkt. Gleichwohl muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass sich diese Entwicklung nicht in einem risikofreien Raum abspielt. Eine stärkere Dynamik bei den Rohstoff- und Energiepreisen, eine Verzögerung der Erholung in Europa infolge von Staatsschulden- und Bankenproblemen sind hier zu nennen. Bleiben diese Risiken gering, dann wird die deutsche Wirtschaft im Jahr 2012 um 1 ¼ Prozent zulegen. Bei ungebrochener konjunktureller Dynamik in Verbindung mit einem Überhang von rund ¾ Prozent wird das reale BIP im Jahr 2013 um gut 2 Prozent zulegen (Abbildung 10).

Beschäftigungsaufbau setzt sich fort

Da die Beschäftigungsschwelle in den letzten Jahren zurückgegangen ist, kann im laufenden und folgenden Jahr trotz eines reduzierten Wachstums des BIP mit einer Zunahme der Erwerbstätigkeit gerechnet werden. Auch die Arbeitslosigkeit wird weiter sinken – allerdings nicht in dem Maß, in dem neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Rund die Hälfte der neuen Erwerbstätigen rekrutiert sich aus der Stillen Reserve.

Auf dem Arbeitsmarkt konnten vor dem Hintergrund des hohen Wachstums des BIP im zweiten Jahr in Folge auch entsprechend hohe Zuwachsraten bei der Erwerbstätigkeit beobachtet werden. Die Anzahl der Erwerbstätigen nahm im Jahr 2011 um 1,3 Prozent zu. Damit ist sie – ungeachtet der Krise des Jahres 2009 – seit dem Jahr 2005 um über 2 Millionen oder um 5,4 Prozent gewachsen. Das Arbeitsvolumen konnte im vergangenen Jahr sogar noch stärker zulegen als die Anzahl der Erwerbstätigen. Charakteristisch für die Entwicklung im vergangenen Jahr war, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Jahresende mit einem Zuwachs von knapp 720.000 erheblich stärker zunahm als die Anzahl der Erwerbstätigen, die um 570.000 Personen stieg. Somit ging, anders als in vorangegangenen Aufschwungphasen, die Anzahl der nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (Mini-Jobs, Selbstständige, Beamte) zurück. Spiegelbildlich zum Wachstum der Erwerbstätigkeit sank die registrierte Arbeitslosigkeit. Der Rückgang war jedoch weitaus geringer als die Anzahl der neu entstandenen Arbeitsplätze. Per saldo wurde mehr als die Hälfte der neuen Beschäftigten aus der Stillen Reserve rekrutiert. Diese Relation wird auch im Prognosezeitraum Bestand haben. Je weiter die Arbeitslosigkeit sinkt, desto schwieriger wird es, die verbleibenden Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zwei Drittel der Arbeitslosen sind mittlerweile dem Rechtskreis SGB II zuzuordnen und weisen zum Teil mehrere Vermittlungshemmnisse auf. Vor allem spielen qualifikatorische Defizite eine Rolle. Nahezu die Hälfte der SGB-II-Arbeitslosen verfügt über keine abgeschlossene Berufsausbildung.

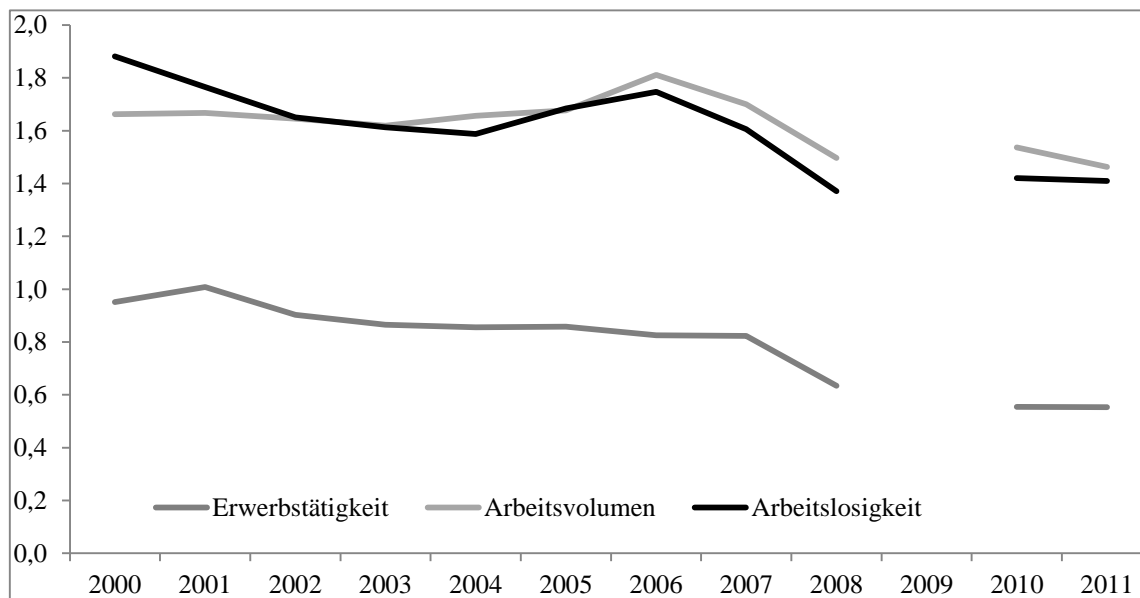
Der Zusammenhang zwischen dem Wachstum des BIP und dem Wachstum der Erwerbstätigkeit kann durch die sogenannte Beschäftigungsschwelle illustriert werden. Grundlage ist eine von Kaldor (1966; 1975) unter Berufung auf Verdoorn (1949) formulierte Gesetzmäßigkeit, der zufolge das Wachstum der Arbeitsproduktivität aufgrund von positiven Skalenerträgen eine lineare Funktion des Outputwachstums sei. Mit einigen Umformungen kann dies in eine lineare Beziehung zwischen Beschäftigungswachstum und Outputwachstum transformiert werden. Das Beschäftigungswachstum kann dann mit dem Outputwachstum als unabhängige Variable empirisch geschätzt werden. Aus der Schätzgleichung lässt sich wiederum die Schwelle ableiten, bei der das Beschäftigungswachstum das Vorzeichen wechselt. Die Gesetzmäßigkeit wurde nicht nur theoretisch kontrovers diskutiert (Shaw, 1992), sondern unterliegt auch einer gewissen empirischen Beliebigkeit. Denn der Befund hängt nicht unwesentlich davon ab, welcher Stützzeitraum für die Berechnung herangezogen wird. So lässt sich argumentieren, dass die Jahre unmittelbar nach der Wiedervereinigung ausgeschlossen werden sollten, da in dieser Phase das Wachstum der Erwerbstätigkeit stark durch die Transformationskrise in den ostdeutschen Ländern beeinflusst war, die aber für die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung nicht mehr relevant ist. Problematisch ist zudem die Einbeziehung des Jahres 2009, in dem das BIP stark sank, die Erwerbstätigkeit aber nahezu konstant blieb. In den folgenden Berechnungen zur Erwerbstätigkeitsschwelle und den analog hergeleiteten Schwellenwerten für das Arbeitsvolumen und die Arbeitslosigkeit sind diese Jahre deshalb nicht berücksichtigt.

Die Befunde zeigen, dass die Arbeitsmarkterfolge der letzten Jahre nicht allein auf ein günstiges konjunkturelles Umfeld zurückzuführen sind. Die Beschäftigungsschwelle ist seit 2001 zunächst leicht rückläufig, bevor sie ab 2007 noch einmal kräftig auf derzeit rund 0,6 Prozent sinkt (Abbildung 11). Dabei ist nicht die Reagibilität der Erwerbstätigkeit auf Veränderungen des BIP-Wachstums gestiegen, vielmehr gab es eine Linksverschiebung der geschätzten Geraden. Ein solcher Befund ergibt sich, wenn sich die Bedingungen für den Aufbau von neuer Beschäftigung strukturell verbessert haben. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich für die Entwicklung des Arbeitsvolumens und der Arbeitslosigkeit. Das Arbeitsvolumen reagiert sehr viel schneller und direkter auf konjunkturelle Impulse. Da bei einem steigenden Teilzeitanteil die Erwerbstätigkeit auch bei einem konstanten Arbeitsvolumen zunehmen kann, ist der Schwellenwert für das Arbeitsvolumen mit 1,5 Prozent deutlich höher. Auch die Arbeitslosigkeit weist einen höheren Schwellenwert auf. Es ist zu berücksichtigen, dass neben der vom Wirtschaftswachstum beeinflussten Arbeitskräftenachfrage auch das Arbeitsangebot und der Mismatch von Angebot und Nachfrage eine Rolle spielen. Gemeinsam ist allen Schwellenwerten, dass sie in den letzten Jahren deutlich gesunken sind und somit eine Verbesserung der Arbeitsmarktverfassung indizieren.

Abbildung 11

Beschäftigungspolitische Schwellenwerte

Wirtschaftswachstum, das mindestens für eine Zunahme der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsvolumens oder einer Abnahme der Arbeitslosigkeit erforderlich ist; Angaben in Prozent



Stützzeitraum 1994 bis jeweiliges Jahr, ohne 2009.

Quellen: BA; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Vor diesem Hintergrund reicht das moderate Wirtschaftswachstum des laufenden Jahres aus, um ein weiteres Wachstum der Erwerbstätigkeit zuzulassen (Tabelle 2). Die Zunahme fällt mit knapp 1 Prozent sogar recht hoch aus. Dabei macht sich der konjunkturelle Kontext bemerkbar, dem zufolge das Wachstum bereits in den vorangegangenen beiden Jahren hohe Werte erreichte. Vorhandene Kapazitäten sind zu einem hohen Grad ausgelastet, sodass die zusätzliche Produktion den Aufbau neuer personeller Kapazitäten erfordert. Die durchschnittliche Arbeitszeit sinkt, doch erfolgt dies hauptsächlich aufgrund eines Kalendereffekts. Ein weiterer deutlicher Anstieg der Teilzeitquote ist in einem Umfeld hoher Arbeitskräftenachfrage nicht zu erwarten. Im Ergebnis nimmt das Arbeitsvolumen um $\frac{3}{4}$ Prozent zu. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird sich auch in diesem Jahr weiter fortsetzen. Im kommenden Jahr ist wieder mit einer Beschleunigung des Wachstums des BIP zu rechnen. Die nochmals erhöhte Arbeitskräftenachfrage resultiert in einem kräftigen Wachstum der Erwerbstätigkeit von gut 1 Prozent. Die jahresdurchschnittliche Erwerbstätigenzahl erreicht knapp 42 Millionen – der höchste jemals in Deutschland erreichte Stand. Trotz einer noch einmal kalenderbedingt leichten Abnahme der Arbeitszeit kann der Arbeitsmarkt einen Wachstumsbeitrag von rund 1 Prozent beisteuern. Damit kommt auch das Arbeitsvolumen in den Bereich historischer Höchststände. Nur 1991 und 1992 wurden noch mehr Stunden gearbeitet, als es im Jahr 2013 der Fall sein wird. Diese Entwicklungen

werden zu einer nochmaligen Senkung der Arbeitslosigkeit auf 2,6 Millionen Personen führen.

Tabelle 2

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland

	2011	2012	2013	2012	2013
	Absolute Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	41.100	41.480	41.950	1	1 ¼
Arbeitszeit (in Stunden)	1.413	1.409	1.407	-¼	-¼
Arbeitsvolumen (in Mrd. Stunden)	58,06	58,45	59,02	¾	1
Reales BIP	–	–	–	1 ¼	2
Reales BIP je Erwerbstätigen	–	–	–	¼	¾
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	–	–	–	½	1
Erwerbslose nach ILO (in 1.000)	2.505	2.320	2.130	–	–
Erwerbslosenquote (in Prozent)	5,7	5 ¼	4 ¾	–	–
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	2.976	2.790	2.600	–	–
Arbeitslosenquote (in Prozent)	7,1	6 ¼	5 ¾	–	–

Quellen: BA; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Öffentliche Haushalte weiter auf Konsolidierungskurs

Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg gelingt dank der relativ robusten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ein Abbau der Haushaltsdefizite, der allerdings in 2012 verhalten bleibt. Erst 2013 erfolgt ein spürbarer Rückgang auf ½ Prozent des BIP. Der Konsolidierungsprozess der öffentlichen Haushalte könnte entschlossener vorangetrieben werden. Immerhin ist bereits im Jahr 2012 der Anstieg der Verschuldung geringer als das nominale Wirtschaftswachstum. Deshalb geht die staatliche Schuldenstandsquote zurück.

Da die Ausgaben weniger stark wachsen als die Einnahmen, schreitet der Abbau des Defizits der öffentlichen Haushalte voran. Die Konsolidierung hat jedoch an Fahrt verloren. Nachdem im Jahr 2011 der negative Finanzierungssaldo um mehr als 75 Milliarden Euro auf gut 25 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr reduziert werden konnte, sinkt das Defizit im Jahr 2012 lediglich auf 21 Milliarden Euro oder auf etwas weniger als 1 Prozent des BIP. Für 2013 ist mit einem weiteren Rückgang auf gut 12 Milliarden Euro oder auf ½ Prozent des BIP zu rechnen. Sowohl die nationalen als auch die europäischen Defizitziele sollten problemlos erreicht werden. Ab 2014 schreibt der europäische Fiskalpakt ein gesamtstaatliches strukturelles, also ein um konjunkturelle Schwankungen bereinigtes Defizit von maximal 0,5 Prozent des BIP vor, während die nationale Schuldenbremse dem Bund ab 2016 ein strukturelles Defizit von maximal 0,35 Prozent gestattet. Laut der aktuellen

Finanzplanung des Bundes kann dieses Ziel bereits 2014 erreicht werden, weil die Steuermehreinnahmen auf Bundesebene bislang überwiegend in den Abbau des Defizits geflossen sind.

Auch die Länder müssen ihre Haushalte in den Griff bekommen, denn spätestens ab 2020 dürfen sie kein strukturelles Defizit mehr aufweisen. Die Analyse der Haushalts- und Finanzpläne der Bundesländer zeigt, dass die meisten Bundesländer dieses Ziel in den Blick genommen haben (Brügelmann/Schaefer, 2012a). Ob die Planziele aber tatsächlich erreicht werden können, wird erst der Haushaltsvollzug zeigen. Hierbei kommt es besonders auf die großen Bundesländer an. Dabei bildet Nordrhein-Westfalen, dessen Haushalt für 2012 jüngst im Landtag abgelehnt wurde, den größten Unsicherheitsfaktor.

Sowohl bei den Steuern als auch in den Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung schlägt sich die unverändert günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt positiv auf der **Einnahmenseite** nieder. Das Wachstum der Steuereinnahmen lag 2011 im Vergleich zum Vorjahr bei 7,1 Prozent. Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen legten 2011 um 4,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Nicht zuletzt deshalb konnte in der Gesetzlichen Rentenversicherung der Beitragssatz zum 1. Januar 2012 um 0,3 Prozentpunkte auf 19,6 Prozent gesenkt werden. Auch wenn sich die Bundesregierung mit Blick auf den Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung zurückhaltender zeigt, so verfügt doch auch der Gesundheitsfonds aktuell über ein Finanzpolster von rund 9,5 Milliarden Euro. Davon sind allerdings 5,5 Milliarden Euro für die gesetzliche Mindestreserve und als steuerfinanzierte Rücklage für den zusätzlichen Sozialausgleich reserviert.

Im Jahr 2012 werden die Steuereinnahmen voraussichtlich das bisherige Allzeithoch von 2008 übertreffen und gegenüber dem Vorjahr um gut 3 Prozent steigen (Tabelle 3). Vor allem bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer sind deutliche Zuwächse zu verzeichnen. Auch die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden trotz geringerer Beitragssätze noch einmal um 2 ½ Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen. Angesichts des unverändert robusten Arbeitsmarktes erzielen die sozialen Sicherungseinrichtungen deshalb einen Überschuss von 12 ½ Milliarden Euro. Die positiven Auswirkungen eines hohen (sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigungsstands wirken auch 2013 fort. Die Steuereinnahmen steigen um weitere 3 ½ Prozent. Die günstige Einnahmenentwicklung in der Gesetzlichen Rentenversicherung erlaubt ein erneutes Absenken des Beitragssatzes um 0,4 Prozentpunkte auf dann 19,2 Prozent. Je nach Szenario sind einerseits weitergehende Spielräume vorstellbar, andererseits weckt die günstige Finanzentwicklung politische Begehrlichkeiten, die dem entgegenstehen könnten. Da der Pflegeversicherungsbeitrag zum 1. Januar 2013 lediglich von

1,95 auf 2,05 Prozent angehoben wird, sinkt die Summe aller Sozialversicherungsbeitragsätze insgesamt um 0,3 Prozentpunkte. Trotzdem können die Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung im Jahr 2013 einen ähnlich hohen Überschuss wie 2012 von 12 ½ Milliarden Euro erzielen.

Die **Ausgaben** steigen im Jahr 2012 mit fast 3 Prozent und 2013 mit 2 ½ Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr an. Obwohl für die Gesetzliche Krankenversicherung im Einklang mit den Annahmen des Schätzerkreises im Bundesgesundheitsministerium im Jahr 2012 ein kräftiges Ausgabenwachstum von 4 ½ Prozent unterstellt wird und auch die zusätzlichen Ausgaben im Zuge der jüngsten Pflegereform eingepreist sind, steigen die Ausgaben für soziale Leistungen insgesamt nur um wenig mehr als 1 ½ Prozent an. Im Jahr 2013 erhöht sich unter gleichen Annahmen das Ausgabenwachstum für soziale Leistungen, dem größten Ausgabenposten, gegenüber dem Vorjahr auf fast 2 Prozent.

Tabelle 3

Staatskonto für Deutschland

	2011	2012	2013
	in Milliarden Euro		
Einnahmen	1.148,2	1.185	1.217
Steuern	587,8	606	627
Sozialbeiträge	435,3	447	461
Ausgaben	1.173,5	1.206	1.230
Arbeitnehmerentgelt	199,8	205	211
Soziale Leistungen	630,9	641	653
Bruttoinvestitionen	42,3	45	48
Finanzierungssaldo	-25,3	-21	-12
	in Prozent des BIP		
Abgabenquote ¹⁾	40,6	40	41
Staatsquote ²⁾	47,4	47	47
Finanzierungssaldo	-1,0	-1	-½

1) Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des BIP. 2) Staatsausgaben in Prozent des BIP.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der Fehlbetrag zwischen Ausgaben und Einnahmen wird auf diese Weise zwar kleiner. Die Chance, diese Lücke schon im Prognosezeitraum deutlich zu verkleinern und in 2014 bereits ganz zu schließen, wird aber voraussichtlich vertan. Das liegt vor allem daran, dass die Bundesregierung ihr im Jahr 2010 beschlossenes umfassendes Sparpaket nur in Teilen

umgesetzt hat. Nur die Hälfte des ursprünglich angesetzt Volumens wird bislang tatsächlich eingespart. Bereits in diesem Jahr hätte das Defizit bei konsequenter Umsetzung um 5 Milliarden Euro geringer ausfallen können (Brügelmann/Schaefer, 2012b).

Bei der Ermittlung der Ausgaben und Einnahmen wurde die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) berücksichtigt. 2012 wird der Bund eine Einzahlung von 8,7 Milliarden Euro leisten, in den Folgejahren jeweils eine von 4,35 Milliarden Euro. Diese Zahlungen sind zunächst nicht defizitrelevant, da es sich hierbei um einen für den Finanzierungssaldo neutralen Beteiligungserwerb handelt. Erst wenn ESM-Garantien tatsächlich in Anspruch genommen werden, beeinflusst dies auch das Haushaltsdefizit. Dann werden die entsprechenden Tranchen nach dem Finanzierungsanteil am ESM auf die nationalen Haushalte aufgeteilt und dort defizitrelevant. Dementsprechend ist hier ein nicht unerhebliches Risiko für die Konsolidierungspolitik zu verorten.

Auf den Schuldenstand wirkt sich die ESM-Beteiligung jedoch unmittelbar aus. Denn der Bund benötigt liquide Mittel, die er sich am Kapitalmarkt beschaffen muss, um die Einlage leisten zu können. Bei dieser Kennziffer kann kein Vermögenserwerb gegengerechnet werden. Trotz dieser zusätzlichen Haushaltsbelastung ist die Schuldenstandsquote leicht rückläufig. In der für den Europäischen Stabilitätspakt relevanten Abgrenzung sinkt die Quote 2012 um 2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr und nochmals um gut 1 Prozentpunkt im Jahr 2013. Insgesamt bleibt der Schuldenstand gemessen am BIP allerdings im gesamten Prognosezeitraum über der 80-Prozent-Marke.

Wirtschaftspolitische Leitlinien

Die relativ robuste wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in diesem und im nächsten Jahr ist richtigen Weichenstellungen in der Finanz-, Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik zu verdanken und trägt deshalb grundsätzlich auch über das Jahr 2013 hinaus. Der Konsolidierungsprozess der öffentlichen Haushalte könnte und sollte noch entschlossener vorangetrieben werden. Flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne und Einschränkungen flexibler Arbeitsformen sind abzulehnen, weil sie die Erfolge am Arbeitsmarkt gefährden und so der guten Binnenkonjunktur den Boden entziehen würden. Die Spielräume zur Senkung der Sozialbeiträge sollten genutzt werden.

Die deutsche Volkswirtschaft schneidet in diesem Jahr mit einem realen Wirtschaftswachstum von 1 ¼ Prozent deutlich besser ab, als noch zu Jahresbeginn vielfach befürchtet. Während der Euroraum und Westeuropa insgesamt in diesem Jahr in einer Rezession stecken, erweist sich Deutschland wie schon in den zwei Jahren zuvor als eine europäische Wachstumslokomotive. Im Jahr 2013 wird sich der Wachstumsprozess fortsetzen. Die deutsche Wirtschaft wächst dann sogar deutlich oberhalb der Potenzialwachstumsrate, die

aktuell und mittelfristig auf gerade einmal rund 1 ¼ Prozent veranschlagt wird (Forschungsinstitute, 2011, 43; Deutsche Bundesbank, 2012, 27; IfW, 2012, 36).

Die am Durchschnitt des Euroraums orientierte stark expansive Geldpolitik der EZB stimuliert durch niedrige Zinsen und eine großzügige Geldversorgung die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Allerdings erklärt dies nicht allein die robuste wirtschaftliche Entwicklung in diesem und im nächsten Jahr. Vielmehr kommen weitere strukturelle Faktoren hinzu. Das kritisierte deutsche Geschäftsmodell, gekennzeichnet durch eine breite industrielle Basis mit einem international attraktiven Produktportfolio, wirkt stabilisierend. Zudem ist die positive Entwicklung das Ergebnis erfolgreicher Reformen der letzten Jahre. Zu nennen sind hier die Flexibilisierung und Stimulierung des deutschen Arbeitsmarktes, besonders durch die Agenda 2010, und die insgesamt mit Augenmaß betriebene Tarifpolitik. All dies spricht dafür, dass die treibenden Kräfte nicht von kurzfristiger Natur sind, sondern auch über 2013 hinaus tragen, sofern dieser erfolgreiche Kurs fortgesetzt wird.

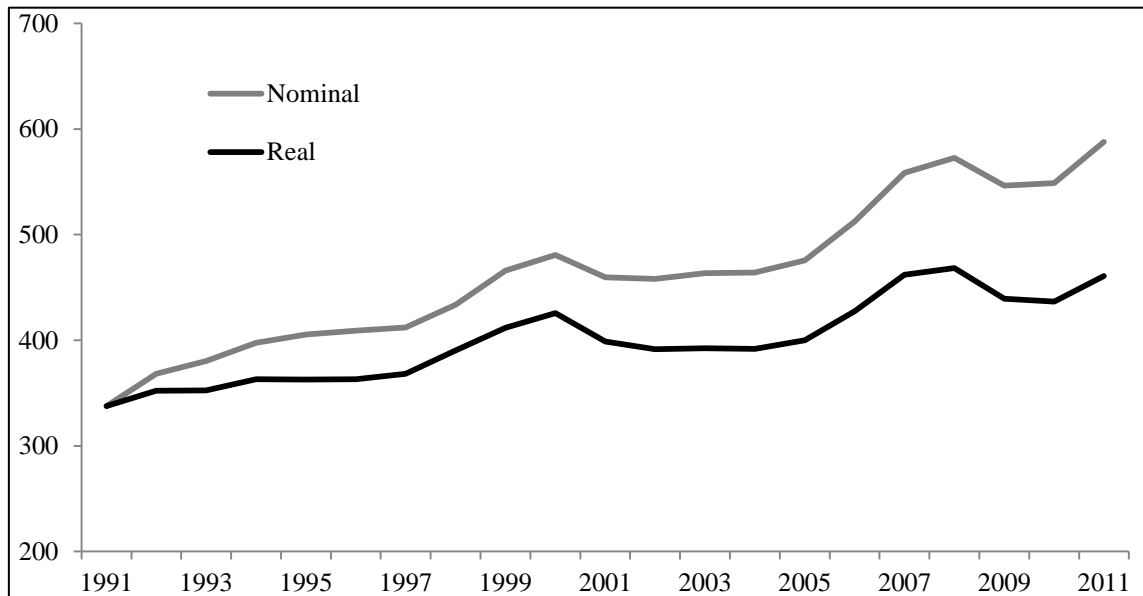
Für eine mittelfristig stabile wirtschaftliche Entwicklung spricht, dass sich die Wachstumskräfte in den letzten Jahren stetig vom Export auf binnenwirtschaftliche Kräfte verschoben haben. Das Wachstum der realen Wirtschaftsleistung wird in diesem und im nächsten Jahr sogar ausschließlich von den inländischen Investitionen und den Konsumausgaben der privaten Haushalte getragen. Dies ist vor allem der sehr positiven Arbeitsmarktentwicklung zu verdanken, die wiederum den Privaten Konsum stimuliert. Die Beschäftigungselastizität des Privaten Konsums ist höher als die entsprechende Lohnelastizität (Lesch, 2012). Eine First-best-Strategie zur dauerhaften Belebung des Privaten Konsums ist also eine Lohnpolitik, die den Verteilungsspielraum respektiert und Anreize zur Ausweitung der Beschäftigung setzt, und eine Arbeitsmarktpolitik, die den Betrieben die notwendigen Flexibilisierungsspielräume eröffnet.

Vor der flächendeckenden Einführung gesetzlicher Mindestlöhne sowie einer gesetzlichen Einschränkung von Zeitarbeit und anderer Formen flexibler Arbeitsverhältnisse ist deshalb zu warnen. Sie würden die wirtschaftlichen Erfolge gefährden. Denn der empirische Befund ist eindeutig: Diese Arbeitsformen verdrängen nicht die „Normalarbeitsverhältnisse“, sondern eröffnen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Gerade für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose bieten sie Chancen für einen (Wieder-)Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt (Schäfer/Schmidt, 2012, 53).

Abbildung 12


Steuereinnahmen des Staates

Nominale und reale¹⁾ Steuereinnahmen (VGR-Abgrenzung) in Milliarden Euro



1) Preisbereinigt mit dem Deflator der staatlichen Konsumausgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat große Fortschritte gemacht. Das gesamtstaatliche Defizit beträgt in diesem Jahr nur noch 21 Milliarden Euro oder 1 Prozent des BIP. Im Jahr 2013 wird es weiter auf ½ Prozent sinken. Die grundgesetzliche Schuldenbremse verpflichtet den Bund, sein strukturelles Defizit bis 2016 auf maximal 0,35 Prozent des BIP – das sind etwa 10 Milliarden Euro – zurückzuführen. Die aktuelle Entwicklung der Bundesfinanzen zeigt, dass der Bund grundsätzlich auf einem guten Weg ist. Auch die meisten Bundesländer sind auf einen Konsolidierungspfad eingeschwenkt. Die Schuldenbremse verpflichtet diese, ihre Defizite bis 2020 auf null herunterzufahren. Die Konsolidierungsaufgabe ist damit aber keineswegs erfüllt. Dass die Reduzierung des Defizits im Bundeshaushalt schneller vorangekommen ist als ursprünglich geplant, liegt auch an der guten wirtschaftlichen Entwicklung, die die Steuereinnahmen und die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Sozialversicherungen in die Höhe getrieben hat. In der Abgrenzung der VGR lagen die Steuereinnahmen des Staates im Jahr 2011 mit 588 Milliarden Euro um über 15 Milliarden Euro über dem Niveau des Boom-Jahres 2008. Auch bei einer realen Betrachtung steht der Staat auf der Einnahmenseite gut da (Abbildung 12). Positiv zu vermerken ist, dass der Bund anders als in früheren Jahren einerseits die Steuermehreinnahmen überwiegend zur Konsolidierung genutzt hat. Andererseits hat er auf der Ausgabenseite seine selbst gesetzten Ziele bisher nicht erreicht. Von dem ursprünglich im Jahr 2010 beschlossenen geplanten Konsolidierungsvolumen („Sparpaket“) ist bisher

gerade einmal die Hälfte realisiert. Bei vollständiger Umsetzung des Sparpakets hätte der Bund bereits in diesem Jahr ein um 5 Milliarden Euro geringeres Defizit aufweisen können (Brügelmann/Schaefer, 2012b, 5).

Noch befinden sich die öffentlichen Haushalte sowohl konjunkturell als auch demografisch in einer sehr guten Ausgangslage, um erfolgreich zu konsolidieren. Denn die geburtenstarken Jahrgänge sind im mittleren Erwerbsalter und sorgen bei einem hohen Beschäftigungsgrad für eine günstige Einnahmenentwicklung. Die demografischen Herausforderungen kommen erst in späteren Jahren mit großer Wucht auf die öffentlichen Haushalte zu, wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben ausscheiden und das Renten-, Gesundheits- und Pflegesystem verstärkt in Anspruch nehmen. Deshalb gilt es, die guten Zeiten entschlossen zu nutzen. Zusätzliche Leistungsversprechen, wie sie derzeit für die Gesetzliche Rentenversicherung diskutiert werden oder für die Pflegeversicherung bereits verabschiedet wurden, führen in die falsche Richtung. Zudem spricht ein politökonomisches Argument für eine schnellere Gangart bei der Konsolidierung. Erfreulicherweise ist es der Bundesregierung gelungen, auch die anderen europäischen Länder auf die Einführung von Schuldenbremsen zu verpflichten. Das ist ein großer Erfolg auf dem schwierigen Weg zu geordneten und nachhaltigen Staatsfinanzen in den europäischen Ländern. Eine Verletzung der Schuldenbremse in Deutschland wäre vor diesem Hintergrund ein verheerendes Signal. Deshalb ist ausdrücklich zu betonen, dass die Schuldenbremse nur Mindestanforderungen definiert. Ziel sollte ein dauerhaft ausgeglichener Staatshaushalt sein. Die geplante Umlenkung von Mitteln der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Gesetzlichen Rentenversicherung in den Bundshaushalt ist dabei wenig hilfreich. Sie reduziert zwar das Defizit des Bundes, verringert aber die Überschüsse in den Haushalten der Sozialversicherung, sodass für das gesamtstaatliche Defizit nichts gewonnen ist. Zudem ist es ordnungspolitisch fragwürdig, dass der Bund Beitragsmittel der Versicherten zur Konsolidierung seines Haushalts zweckentfremden will.

Literatur

Alesina, Alberto / Perotti, Roberto, 1996, Fiscal Adjustments in the OECD Countries: Composition and Macroeconomic Effects, NBER Working Paper, Nr. 5730, Washington, D.C.

Bardt, Hubertus, 2011, Rohstoffpreise – Entwicklung und Bedeutung für die deutsche Wirtschaft, in: IW-Trends, 38. Jg., Heft 2, S. 19–30

Brügelmann, Ralph / Schaefer, Thilo, 2012a, Die Schuldenbremse auf der Ebene der Bundesländer, IW-Analysen, Nr. 78, Köln

- Brügelmann, Ralph / Schaefer, Thilo, 2012b, Eckpunkte des Bundeshaushalts 2013, Deutschland ohne neue Schulden – aber wie?, Kurzstudie für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Köln
- Cecchetti, Stephen G. / Mohanty, M. S. / Zampolli, Fabrizio, 2011, The Real Effects of Debt, BIS-Working Paper, Basel
- Checherita, Cristina / Rother, Philip, 2010, The Impact of High and Growing Government Debt on Economic Growth: An Empirical Investigation for the Euro Area, ECB Working Paper, Nr. 1237, Frankfurt am Main
- Deutsche Bundesbank, 2012, Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft – Mittelfristige Perspektiven vor dem Hintergrund demographischer Belastungen, Monatsbericht April, S. 13–28
- Forschungsinstitute, 2011, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011: Europäische Schuldenkrise belastet deutsche Konjunktur, ifo-Schnelldienst, 64. Jg., Nr. 20, München
- IfW – Institut für Weltwirtschaft Kiel, 2012, Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2012, Kiel
- IMF – International Monetary Fund, 2010, World Economic Outlook October 2010: Recovery, Risk and Rebalancing, Washington D.C.
- IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2011, Keine Rezession in Deutschland trotz hoher Unsicherheit – IW-Konjunkturprognose Herbst 2011, in: IW-Trends, 38. Jg., Heft 3, S. 45–77
- Kaldor, Nicholas, 1966, Causes of the Slow Rate of Growth of the United Kingdom, Cambridge
- Kaldor, Nicholas, 1975, Economic Growth and the Verdoorn Law – A Comment on Mr. Rowthorn's Article, in: Economic Journal, Vol. 85, Dezember, S. 891–896
- Kumar, Manmohan S. / Woo, Jaejoon, 2010, Public Debt and Growth, IWF Working Paper, Nr. WP/10/174, Washington D.C.
- Lesch, Hagen, 2012, Lohnpolitik im Spannungsfeld außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und volatiler Konjunktur, in: IW-Trends, 39. Jg., Heft 1, S. 59–73
- Reinhart, Carmen M. / Rogoff, Kenneth S., 2010, Growth in a Time of Debt, NBER Working Paper, Nr. 15639, Washington D.C.
- Rother, Philipp / Schuhknecht, Ludger / Stark, Jürgen, 2010, The Benefits of Fiscal Consolidation in Unchartered Waters, ECB Occasional Paper, Nr. 121, Frankfurt am Main
- Schäfer, Holger / Schmidt, Jörg, 2012, Der Niedriglohnsektor in Deutschland, IW-Analysen, Nr. 77, Köln
- Shaw, John C., 1992, The Development of Verdoorn's Law, in: History of Economics Review, Vol. 18, Sommer, S. 59–69
- Verdoorn, Petrus J., 1949, Fattori che regolano lo sviluppo della produttività del lavoro, in: L'Industria, Vol. 1, S. 3–10

Upturn in a Volatile Environment – IW Economic Forecast, Spring 2012

After the stagnation of the last quarter of 2011 and the first quarter of 2012 the German economy is back on course for growth. The global economic outlook, which last year worsened noticeably as a result of the potentially adverse effects of the sovereign debt crisis, has brightened again. This will benefit German foreign trade but too late to make a positive contribution to the economy in the course of the forecast period. Private consumption and domestic investment activity will drive growth. While price developments will significantly weaken the increase in consumer spending, the sustained positive development in the labour market will lead to an annual 1 per cent expansion in private consumption in each of the years 2012 and 2013. Annual average unemployment will fall in 2012 to 2.6 million, with the number of employed hitting a record level of just under 42 million. The recovery in the economy will contribute to a reduction in the government budget deficit to 1 per cent of GDP in 2012 and only ½ per cent next year. However, this is no reason to ease up on efforts at consolidation.

IW-Prognose für Deutschland 2012 und 2013

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2011	2012	2013
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	1,3	1	1 ¼
Arbeitslosenquoten ¹⁾	7,1	6 ¼	5 ¾
Arbeitsvolumen	1,7	¾	1
Produktivität ²⁾	1,3	½	1
BIP	3,0	1 ¼	2
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	1,5	1	1
Konsumausgaben des Staates	1,4	1	1 ½
Anlageinvestitionen	6,4	3	5
- Ausrüstungen	7,6	3 ¾	7 ½
- Sonstige Anlagen	4,8	4	5
- Bauten	5,8	2 ¼	3 ¼
Inlandsnachfrage	2,3	1 ½	2
- Export	8,2	3	5
- Import	7,4	3	5 ¼
BIP	3,0	1 ¼	2
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,3	2	2
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	-1,0	-1	-½

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen.

2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

3) In Prozent des nominalen BIP.

Quelle: IW-Frühjahrsprognose (April 2012)